



# Linke Argumente gegen Rechte Hetze

Thilo Sarrazins Rassismus  
und die Krise

**DIE LINKE.**

Skript zum Vortrag

# Bildungsmaterialien

**Von Christine Buchholz und Marwa Al-Radwany**

Im Auftrag des Parteivorstands  
der Partei DIE LINKE, Dezember 2011

# Inhaltsverzeichnis

<b>Vorwort</b>	.....S.4
Zum Gebrauch von Präsentation und Skript	.....S.5
Methodische Vorbemerkung	.....S.6
Folie 1: Titelfolie	.....S.7
Folie 2: Gliederung	.....S.7
Folie 3: <b>Teil 1: Islamfeindlichkeit und antimuslimischer Rassismus</b>	.....S.7
Folie 4: Kulturalisierung von Konflikten	.....S.7
Folie 5: Antimuslimischer Rassismus	.....S.8
Folie 6: Muslime in Deutschland – Wer ist das?	.....S.9
Folie 7: <b>Teil 2: Islam und Muslime in den Medien</b>	.....S.11
Folie 8: Medienbeispiel 1: <i>DER SPIEGEL</i> „Mekka Deutschland“	.....S.11
Folie 9: Medienbeispiel 2: <i>stern</i> „Wie gefährlich ist der Islam?“	.....S.12
Folie 10: Medienbeispiel 3: <i>Focus</i> „Weltmacht Islam“	.....S.12
Folie 11: Medienbeispiel 4: <i>SPIEGEL spezial</i> „Allahs blutiges Land“	.....S.13
Folie 12: Medienbeispiel 5: <i>DER SPIEGEL</i> „Der Koran“	.....S.13
Folie 13: Medienbeispiel 6: <i>DER SPIEGEL</i> „Haben wir schon die Scharia?“	.....S.13
Folie 14: Studie „Das Islambild von ARD und ZDF“	.....S.14
Folie 15: <b>Teil 3: Das Ausmaß der Islamfeindlichkeit</b>	.....S.15
Folie 16: Islamfeindlichkeit in Deutschland	.....S.15
Folie 17: Islamfeindlichkeit in Europa	.....S.15
Folie 18: Antimuslimischer Rassismus in der Praxis	.....S.15
Folie 19: „Islamkritik“ als Türöffner für rechte Parteien	.....S.20
Folie 20: „Islamkritik“ als Türöffner für rechte Parteien II	.....S.20
Folie 21: <b>Teil 4: Hat Sarrazin Recht?</b>	.....S.21
Folie 22: Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (2009): Muslimisches Leben in Deutschland	.....S.22
Folie 23: Behauptung: „Einwanderung in die Sozialsysteme“	.....S.23
Folie 24: Behauptung: „Muslimische Migranten sind integrationsunwillig“	.....S.24
Folie 25: Behauptung: „Parallelgesellschaften“	.....S.25
Folie 26: Behauptung: „Extremismus und Fanatismus“	.....S.26
Folie 27: Behauptung: „...ständig neue kleine Kopftuchmädchen produziert“	.....S.28
Folie 28: Behauptung: „Türken erobern Deutschland“	.....S.29
Folie 29: <b>Teil 5: Funktion von Rassismus...</b>	.....S.29
Folie 30: ...denn sie wissen nicht, was sie tun...!?	.....S.29
Folie 31: Rassismus und Kapitalismus	.....S.31
Folie 32: Zum Vergleich: Die Debatte über Hartz-4-Empfänger	.....S.32
Folie 33: Rassismus und die Krise	.....S.32
Folie 34: Profiteure des Rassismus	.....S.33
Folie 35: Rassismus und Krieg	.....S.34
Folie 36: <b>Teil 6: Linke Antworten auf Rassismus</b>	.....S.35
Folie 37: Analyse	.....S.35
Folie 38: ...und Praxis!	.....S.37
Folie 39: LINKE Forderungen	.....S.38
Folie 40: Schlussfolie	.....S.39
ANHANG 1: Definitionen Islam / Islamismus	.....S.40
ANHANG 2: Dokumentation des Parteitagsbeschlusses „Für Solidarität und gegen antimuslimischen Rassismus“	.....S.42
ANHANG 3: Auszug Programm DIE LINKE, S.40-42 (Abschnitte über Migrationspolitik, Anti-Diskriminierungspolitik, Anti-Rassismus und Religion)	.....S.43
Zu den Autorinnen	.....S.47

## Vorwort

Im Sommer 2010 veröffentlichte der ehemalige Berliner Finanzsenator und Bundesbank-Vorstand Thilo Sarrazin sein menschenverachtendes Buch „Deutschland schafft sich ab. Wie wir unser Land aufs Spiel setzen“, in welchem er Menschen lediglich nach ihrem Nützlichkeitswert für die Ökonomie betrachtet und vor allem *die* Muslime als Bedrohung für das Abendland stilisiert. Das Buch avancierte zum Bestseller: es ist das meistverkaufte Politiksbuch eines deutschen Autors im neuen Jahrtausend. Der damalige NPD-Vorsitzende Udo Voigt freute sich über die unerwartete Schützenhilfe durch den SPD-Mann Sarrazin: „Unsere Aussagen werden damit salonfähiger und es ist dann auch immer schwerer, Volksverhetzungsverurteilungen gegen NPD-Funktionäre anzustreben, wenn wir uns zur Ausländerpolitik äußern, wenn sich etablierte Politiker auch trauen, das zu äußern.“<sup>1</sup>

Seitdem ist einiges passiert. Europaweit sind rechte und neurechte Parteien im Aufwind und in nahezu der Hälfte aller EU-Staaten im Parlament vertreten. Ein ehemaliger Parteiaktivist der „rechtspopulistischen“ norwegischen Fortschrittspartei, der überzeugt ist, Kreuzritter im Kampf gegen die Islamisierung Europas zu sein, richtete ein Massaker in einem Ferienlager der JungsozialistInnen mit 77 Toten an und die BRD erlebt derzeit den größten Verfassungsschutzskandal seit dessen Bestehen: Täglich werden neue Morde und Gewalttaten von Neonazis aufgedeckt, denen in der Vergangenheit von den Ermittlern eine rassistische Motivation konsequent abgesprochen wurde.

Rassismus ist anhaltend virulent und die globale Finanzkrise erweist sich als der ideale Nährboden für Nationalismus und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit. Antimuslimischer Rassismus ist die derzeit am meisten verbreitete Form von Rassismus, derer sich auch Sarrazin bedient. Seine Thesen von den integrationsunwilligen und bedrohlichen Muslimen reihen sich ein in die tendenziöse Islamberichterstattung und –thematisierung, die nicht erst, aber besonders seit dem 11. September 2001 knapp vier Millionen Menschen aus 57 Herkunftsstaaten in Deutschland als scheinbar einheitliche Gruppe mit negativen Zuschreibungen wie Rückständigkeit, Integrationsunwilligkeit o.ä. belegt. Daher möchten wir mit vorliegender Präsentation und begleitendem Skript eine Handreichung für die Argumentation gegen demagogische Hetze und rassistische Theorien im Stile Sarrazins anbieten. Doch es reicht nicht, Sarrazins Thesen über ‚den‘ Islam und ‚die‘ Muslime argumentativ zu entzaubern. Rassismus wandelt sein Gesicht: Vergessen wir nicht, dass noch vor 30 Jahren in Deutschland „Ithaker, Spaghettifresser

---

<sup>1</sup> Frankfurter Rundschau online: „Sarrazin macht uns salonfähig.“, 30.08.2010. <http://www.fr-online.de/politik/sarrazin-macht-uns-salonfaehig,1472596,4599844.html>

und Jugos“ beschimpft wurden. Und wer wird morgen im Visier der Rassisten sein? Chinesen, die „unseren“ Wohlstand bedrohen?

Daher wollen wir nicht nur bei der Reaktion verharren, sondern allgemeiner nach den Ursachen für Rassismus fragen, die Nutznießer rassistischer Propaganda entlarven und nicht zuletzt Vorschläge und Anregungen unterbreiten, wie wir erfolgreich Rassismus bekämpfen können.

## **Zum Gebrauch von Präsentation und Skript**

Das vorliegende Skript zur Präsentation „Linke Argumente gegen rechte Hetze. Sarrazins Rassismus und die Krise“ ist als Handreichung für die Partei-Bildungsarbeit konzipiert und ergänzt und erweitert die im September 2010 vom Parteivorstand herausgegebene Broschüre mit gleichnamigen Titel (hier zu finden: <http://die-linke.de/fileadmin/download/folder/sarrazin-broschuere.pdf>)

**Die Präsentation** kann als Vorlage für thematische Veranstaltungen zum Themenkomplex Islamfeindlichkeit / antimuslimischer Rassismus genutzt werden. Dabei muss die sehr umfangreiche Präsentation nicht in Gänze verwendet, sondern darf ausdrücklich an die jeweiligen Bedürfnisse angepasst werden: Nicht gebrauchte Folien können mit dem jeweiligen Programm (Powerpoint / Keynote o.a.) einfach ausgeblendet werden. So ist es denkbar, sowohl einzelne Folien eines Teilbereiches oder auch einen ganzen Teilbereich auszuklammern, um beispielsweise lediglich allgemein über Islamfeindlichkeit und Rassismus zu referieren und dabei hauptsächlich mit den vorhandenen Studien und Medienbeispielen zu arbeiten (Teil 1-3), ein Argumentationstraining gegen Sarrazins Thesen zu veranstalten (Teil 4) oder in einem Workshop Handlungsstrategien gegen Rassismus zu erarbeiten (Teil 5 & 6). Der Inhalte darf sich wie aus einem Füllhorn bedient werden! Die komplette Präsentation entspricht ca. einem Vortrag von einer Stunde (bei 10 Minuten pro Kapitel).

**Das Skript** führt chronologisch durch die Präsentation und dient dem/der Referierenden als Vortragsleitfaden zu den jeweiligen Stichworten auf den Folien. **Die im Skript fett markierten und unterstrichenen Stellen markieren die Gliederungspunkte der jeweiligen Folien.** Auch hier findet sich stellenweise ausführlicherer Text, der über die einzelnen Gliederungspunkte der Präsentation hinausgeht. Dieser ist **kursiv** gehalten, und kann, je nach Gusto, ebenfalls referiert werden, oder aber für den/die Vortragenden lediglich als **Hintergrundwissen** für Diskussion und Nachfragen dienen. Zur Vertiefung können auch die Anhänge am Ende des Skripts genutzt werden.

Wir wünschen produktive Diskussionen und erfolgreiche Veranstaltungen und hoffen, mit dieser Handreichung einen Beitrag im Kampf gegen Rassismus zu leisten. Feedback zu Präsentation und Skript, Fragen, Ergänzungen, Lob und Kritik nehmen wir gerne entgegen unter: [polbil@die-linke.de](mailto:polbil@die-linke.de) (Bereich Politische Bildung).

## **Methodische Vorbemerkung**

Einige Begriffe wie „die Muslime“ haben wir immer wieder in einfache Anführungszeichen gesetzt, um unser Unbehagen darüber auszudrücken, in pauschalisierten Gruppenzuweisungen zu sprechen, die sich in der Realität niemals in einer solchen Homogenität vorfinden (Es gibt nicht „die“ Muslime, ebenso wenig, wie es „die“ Linken gibt). Wo es möglich ist, sprechen wir stattdessen von „Muslimen und als solche Kategorisierte“ und beschreiben damit bereits den Rassifizierungsprozess durch die Mehrheitsgesellschaft. An anderen Stellen sprechen wir jedoch bewusst von „den‘ Muslimen“ in Anführungszeichen, um die Zuschreibung in der dann folgenden Analyse zu dekonstruieren.

Auf die Schwierigkeiten einer Kategorisierung einer angeblichen Gruppe ‚der‘ Muslime in Deutschland gehen wir auch in Folie 6 ein. In Teil 4 („Hat Sarrazin Recht?“) werden dann anhand empirischer Studien und Untersuchungen Aussagen über „Muslime“ getroffen. Die für diese Aussagen zugrunde liegenden Studien sind jedoch repräsentative Studien, in denen in Deutschland lebende Menschen mit Migrationshintergrund befragt wurden, die ausdrücklich auf Nachfrage bestätigten, gläubig zu sein<sup>2</sup>. Die Aussagen entsprechen damit also sozialwissenschaftlichen Standards (im Gegensatz zu Thilo Sarrazins Thesen). Wo die Studien sich jedoch auf MigrantInnen mit muslimischem Hintergrund (also mit Migrationshintergrund aus einem mehrheitlich ‚muslimisch‘ bevölkerten Land) beziehen, kennzeichnen wir dies dementsprechend („Menschen mit muslimischem Hintergrund“).

---

<sup>2</sup> So die Gallup-Studie (2009), die Studie des Bundesinnenministeriums „Muslime in Deutschland“ (2007) und die Studie des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge „Muslimisches Leben in Deutschland“ (2009).

## Folie 1: Titelfolie

*bedarf keiner weiteren Erläuterung*

## Folie 2: Gliederung

Sechs Gliederungspunkte:

1. Islamfeindlichkeit und antimuslimischer Rassismus
2. Islam und Muslime in den Medien
3. Das Ausmaß der Islamfeindlichkeit
4. Hat Sarrazin Recht?
5. Rassismus und Kapitalismus
6. Linke Antworten auf Rassismus

## Folie 3: Teil 1: ISLAMFEINDLICHKEIT UND ANTIMUSLIMISCHER RASSISMUS

Unter Islamfeindlichkeit verstehen wir die stereotype Darstellung des Islam als einer globalen „Religionskultur“ und politischen Macht. Dieses überwiegend negative Islambild hat in Europa eine sehr lange historische Tradition, deren Anfänge die christlich-mittelalterliche Islamfeindschaft während der Reconquista (der Wiedereroberung Spaniens von den Mauren) und den ersten Kreuzzügen zu verorten sind<sup>3</sup>. Historisch phasenweise immer wieder bemüht (z.B. im als christlich definierten Mittelalter, der Reformation, während der iranischen Revolution und den Golfkriegen), hat das Feindbild Islam aber besonders seit den Attentaten des 11. September 2001 neuen Aufschwung bekommen.

## Folie 4: Kulturalisierung von Konflikten

Dabei wird ‚der‘ **Islam** in der öffentlichen Debatte vielmehr **als eine Art Kultur oder Ethnie** betrachtet, die seinen vermeintlichen AnhängerInnen *natürlicherweise* inneohnt. **Soziale, wirtschaftliche oder internationale Konflikte werden oftmals zu kulturellen oder religiösen Konflikten umdefiniert.** Ein Hauptcharakteristikum der Islamdebatte ist die **Stereotypisierung**, bei der eine Weltreligion mit 1,2 Milliarden AnhängerInnen weltweit zu einer homogenen Gruppe mit gleichen Interessen erklärt wird,

---

<sup>3</sup> Vgl. Achim Bühl (2010): Islamfeindlichkeit in Deutschland. Ursprünge - Akteure – Stereotypen. VSA-Verlag, S. 14f.

einem monolithischen, unveränderbaren Block. Dabei könnten die GlaubensanhängerInnen von Mauretanien bis Indonesien unterschiedlicher nicht sein: Vom Sufismus über die Ahmadiyyas und Aleviten bis zu den Wahhabitens ist eine Vielzahl von Strömungen zu finden, die sich ihrerseits noch untergliedern – ebenso wie auch das Christentum sowohl katholische Traditionalisten wie die Piusbruderschaft als auch Initiativen wie „Wir sind Kirche“ umfasst.

Schon 1996 hatte der Politikwissenschaftler und Berater des US-Außenministeriums **Samuel Huntington** mit seinem Aufsehen erregenden Buch „The clash of civilizations“ – zu deutsch „**Der Kampf der Kulturen**“ - den Boden für dieses Politikverständnis bereitet, indem er voraussagte, zukünftige globale Konflikte würden anhand der Bruchlinien zwischen Kulturkreisen, insbesondere zwischen ‚dem‘ Westen und ‚dem‘ „Kulturkreis Islam“ ausbrechen. Huntingtons Buch avancierte zum Bestseller und das Paradigma des Kalten Krieges zwischen Ost und West, Kapitalismus und Kommunismus, wurde ersetzt durch das **Paradigma des Kulturkampfes**.

## **Folie 5: Antimuslimischer Rassismus**

Kann denn aber die Diskriminierung einer Gruppe aufgrund ihrer Religionszugehörigkeit als Rassismus bezeichnet werden?

Ja, denn Rassismus beginnt, in seiner frühesten Stufe, mit der **Markierung einer bestimmten gesellschaftlichen Gruppe als „anders“**. Die öffentliche Aufmerksamkeit wird auf Eigenschaften dieser Gruppe gerichtet, die sich von der gesellschaftlich mächtigen Gruppe ***unterscheiden***. Damit wird die betreffende Gruppe als *Out-Group* definiert, als ein Gegenpol zum „Wir“. Im Fall des antimuslimischen Rassismus ist diese Eigenschaft die **vermeintliche Zugehörigkeit zur Religion des Islam**, wobei implizit eine quasi-ethnische oder pseudo-kulturelle Zugehörigkeit zu einer „Religionskultur Islam“ gemeint wird.

Antimuslimischer Rassismus operiert sowohl biologistisch als auch kulturalistisch – ‚muslimische‘ Eigenschaften können dabei Aussehen, Akzent, Haar- und Hautfarbe, Namen, aber auch Kopftücher und kulturelle Praxen sein.

*Dass antimuslimischer Rassismus auch Menschen treffen kann, die sich selber nicht als Muslime begreifen, zeigt der Fall des Brasilianers Jean Charles de Menezes, der in London zur U-Bahn rannte, um noch den Zug zu erreichen, und deshalb von der britischen Polizei erschossen wurde, die ihn für einen islamistischen Terroristen hielt – unmittelbar nach den Anschlägen in London 2005.*

Diese „Religionskultur“ Islam wird dabei homogenisiert - also sie weist angeblich be-

stimmte Eigenschaften auf und ist so und nicht anders – und sie **haftet den ihnen zugeschriebenen Muslimen scheinbar unabdingbar an** – d.h. aus der Sicht der Mehrheitsgesellschaft trägt jeder Muslim diese Religionskultur qua Geburt in sich.

Das heißt, der antimuslimische Rassismus beruht auf der Hervorhebung der Unterschiede einer von der Mehrheitsgesellschaft als „muslimisch“ gedeuteten Gruppe von Menschen und der **Wertung des Verhaltens dieser Gruppe unter dem Attribut „muslimisch“**.

**Die Hervorhebung von Unterschieden, die Wertung dieser Unterschiede und die Nutzbarmachung dieser Wertungen für die (politische, ökonomische, soziale) Zwecke und Interessen der Wertenden stellen die wesentlichen Elemente von Rassismus dar.<sup>4</sup>**

Bereits durch die sprachliche Hervorhebung von ‚Muslimen‘ als gesellschaftliche Gruppe wird eine **Unvereinbarkeit mit der Mehrheitsgesellschaft** impliziert. Wenn z.B. immer wieder in der Presse von „Muslimen in Deutschland“<sup>5</sup> gesprochen wird, so **schließt man damit aus, dass Muslime ebenfalls Deutsche sind** oder sein können. Die Mehrheitsgesellschaft („Wir“) spricht über die Anderen („Sie“), wertet und stellt Bedingungen auf: **„Die Muslime müssen sich anpassen“**.

„Muslimsein“ nimmt also die Stellung einer quasi-Ethnie ein - anstatt dass die Religionszugehörigkeit als Teil der Identität von Individuen betrachtet wird. Dieses „Othering“, also **die Gegenübersetzung und Andersmachung des vermeintlich Fremden gegenüber der Mehrheitsgesellschaft ist ein weiterer zentraler Aspekt von Rassismus.**

## **Folie 6: „Muslime in Deutschland“ – Wer ist das?**

Aber was heißt denn überhaupt „Muslime“? Gibt es überhaupt eine einheitliche Gruppe „der Muslime“? In offiziellen Angaben der Bundesregierung und in den Medien liest man immer wieder, dass **ca. 3,8 - 4,3 Millionen Muslime in der Bundesrepublik** leben, dass ihr Anteil also ca. 4,6 - 5,2% der Gesamtbevölkerung beträgt<sup>6</sup>. Wie kommen diese Zahlen zustande?

Keiner kann genau sagen, wie viele Menschen in Deutschland leben, die sich selber als gläubig definieren, denn die Bundesrepublik Deutschland erhob bis vor Kurzem keine

---

<sup>4</sup> Vgl. Albert Memmi (1992): *Rassismus*, Europäische Verlagsanstalt, Hamburg.

<sup>5</sup> z.B. die Publikation des Bundesministerium des Inneren (2007): *Muslime in Deutschland. Integration, Integrationsbarrieren, Religion sowie Einstellungen zu Demokratie, Rechtsstaat und politisch-religiös motivierter Gewalt*. Hamburg.

<sup>6</sup> z.B. Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (2009): *Muslimisches Leben in Deutschland*. Im Auftrag der Deutschen Islamkonferenz. S. 11f.

Daten über die religiöse Zugehörigkeit ihrer Staatsbürger (die Erhebungen des aktuellen Zensus' von 2011 sind noch nicht erfasst und ausgewertet) - mit Ausnahme des Finanzamts über die zur Kirchensteuer Verpflichteten. Was wir lediglich wissen ist, wie viele **Menschen ohne deutsche Staatsbürgerschaft ursprünglich aus einem Land mit muslimischer Bevölkerungsmehrheit bzw. dem Islam als Staatsreligion** kommen. Weiterhin werden anhand von Befragungen in Haushalten von MigrantInnen Schätzungen abgeleitet hinsichtlich der Anzahl der Eingebürgerten bzw. Menschen mit deutscher Staatsangehörigkeit, die ursprünglich aus einem Land mit mehrheitlich muslimischer Bevölkerung kommen. Durch die Summierung unterschiedlich kumulierter Angaben und Hochrechnungen derselben kommen offizielle Stellen so zur Aussage, in Deutschland lebten ca. 4 Millionen *Muslime*.<sup>7</sup> Die Unterstellung, die hierbei getroffen wird, ist jedoch, dass Menschen mit – nennen wir es mal **„muslimischem Hintergrund“** – auch religiös seien.

Aber nicht jeder, der in einem Land mit dem Islam als Staatsreligion geboren wird, ist ein Muslim, und nicht jeder, der in seiner Geburtsurkunde als muslimisch eingetragen ist, ist auch praktizierend oder gläubig. Ebenso wenig trifft es zu, dass **alle Deutschen oder Europäer im engeren Sinne als Christen bezeichnet** werden können. Die Zahlen sind also insofern bereits problematisch, da mit ihnen **„Muslime in Deutschland“ als quasi homogene Entität angesehen**, als Ethnie oder spezifische, gesonderte Bevölkerungsgruppe behandelt werden und nicht als Bürger unter Bürgern, die, was die ökonomische, soziale und auch kulturelle Lebenssituation betrifft, viel gemein haben mit den ‚herkunftsdeutschen‘ Durchschnittsbürgern. „Muslime in Deutschland“ sind keine Fremden, sondern Teil des *Wir*s, die seit teilweise über 40 Jahren in Deutschland leben, arbeiten oder hier geboren sind.

Dabei hat antimuslimischer Rassismus interessanterweise **die „gewöhnliche“ „Fremdenfeindlichkeit“ weitestgehend abgelöst**: Bis in die 90er Jahre standen die ehemaligen Gastarbeiter im Fokus der Ablehnung – wir erinnern uns noch an Bezeichnungen wie „Kanaken“, „Ithaker“, „Spaghettifresser“ oder „Jugos“.

---

<sup>7</sup> In der Studie des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge „Muslimisches Leben in Deutschland“ (2009) wird denn auch eingeräumt: „In Ermangelung eines adäquaten Registers ist die Ziehung einer Repräsentativstichprobe aus der muslimischen Bevölkerung in Deutschland mit erheblichen Schwierigkeiten behaftet.“ ebd. S. 29.

## Folie 7: Teil 2: ISLAM UND MUSLIME IN DEN MEDIEN

An der Konstruktion einer Out-Group „Muslime“ und des Feindbilds Islam sind Medien maßgeblich beteiligt.

Das Institut für Medienverantwortung in Erlangen hat in einem Mediawatch-Projekt die Sprache der Medien in Deutschland bezüglich des Themas Islam über einen längeren Zeitraum sehr detailliert analysiert. Dabei wurden bspw. häufig verwendete Metaphern, die Bild-Text-Verknüpfung, bestimmte Topoi, Wortfelder u.v.m. untersucht. Aufschlussreich sind allein schon die **Wortfeldanalysen** von Artikeln in deutschen Tageszeitungen oder Wochenmagazinen: Nachweislich treten bei der Islamberichterstattung nämlich immer wieder Wortfelder aus dem Bereich „Mittelalter“, „Rückständigkeit“, Vergleich mit Tieren, Parasiten oder Mengenwörter auf, etwa wenn von „Fanatisierten Horden junger Männer“ gesprochen wird, oder dass Islamisten „wie Pilze aus dem Boden schießen“, oder der Ausdruck „Brutstätte islamischer Gewalt“<sup>8</sup> etc.

Diese Wortwahl zielt auf die **Entmenschlichung ihrer Subjekte** und hat vor allem eine Funktion: Abwehr zu legitimieren. Werden Menschengruppen als unmenschlich, parasitär und bedrohend dargestellt, dann liegt es nahe, sich vor diesen zu schützen. Dann erscheinen Maßnahmen und Handlungen gegen solche „Schädlinge“ als Akt der Selbstverteidigung und damit legitim. Im *Krieg gegen den Terror* sinkt für Soldaten die Tötungshemmung, wenn ihre vermeintlichen Gegner als Ungeziefer bzw. bedrohliche Fanatiker dargestellt werden.

Über Medienmechanismen ließe sich noch viel mehr sagen. Zur Illustration im Folgenden hier einige ausgewählte Medienbeispiele, die den Durchschnitt der Medienberichterstattung zum Thema Islam der letzten Jahre darstellen:

### Folie 8: Medienbeispiel 1: *DER SPIEGEL* „Mekka Deutschland“

So titelte beispielsweise *DER SPIEGEL* 2007: „Mekka Deutschland. Die stille Islamisierung“. Schon die Bildgestaltung suggeriert Bedrohung: Schwarz ist die Farbe, die das Bild dominiert<sup>9</sup>, und das Dunkle wirkt umso mehr bedrohlich, als es sich scheinbar um eine heimliche Machtübernahme ‚des‘ Islams handelt, was das Adjektiv „stille“ impliziert sowie die Tatsache, dass dies bei Nacht passiert. Der Halbmond über dem Wahrzeichen der Hauptstadt, dem Brandenburger Tor, deutet unmissverständlich das angebli-

---

<sup>8</sup> Vgl. Schiffer, Dr. Sabine (2005): *Die Darstellung des Islams in der Presse. Sprache, Bilder, Suggestionen. Eine Auswahl von Techniken und Beispielen*. Würzburg: Ergon-Verlag.

<sup>9</sup> Auf den wiederholten Gebrauch des schwarzen Hintergrunds bei der SPIEGEL-Berichterstattung über ‚den‘ Islam hat bereits der Kabarettist Hagen Rether in einem sehenswerten Beitrag hingewiesen: <http://www.youtube.com/watch?v=Y45g8OkaAVc>.

che Machtstreben ‚des‘ Islams an. Die Islamisierung, welche angeblich ‚still und heimlich bei Nacht‘ vor sich geht, ist auch eine wiederkehrende Anspielung auf den Unterwanderungsvorwurf, der Muslimen und so genannten Islamisten gemacht wird, der sich z.B. im Begriff des islamistischen „Schläfers“ widerspiegelt. Der Unterwanderungsvorwurf ist deswegen heikel, da er für die Betroffenen quasi unwiderlegbar ist.

### **Folie 9: Medienbeispiel 2: *stern* „Wie gefährlich ist der Islam?“**

Ein anderes Nachrichtenmagazin, der *stern*, fragte 2007 auf seinem in grün – der Farbe ‚des‘ Islam – gehaltenen Titelblatt „Wie gefährlich ist der Islam?“. Die Fragestellung impliziert also bereits, dass ‚der‘ Islam – man beachte wieder die Generalisierung – gefährlich ist; die Frage ist also nur noch die nach der Intensität, nicht nach dem ob. Auch der Teaser zu einem Artikel im Heft ist sehr suggestiv: „Warum so viele Terroristen Muslime sind“. Auch mit dieser Aussage wird ein scheinbares Faktum beschrieben. *Spätestens seit November 2011 wissen wir aber, dass in Deutschland vor allem eine Menge rechter Terroristen umtriebiger sind und auch europaweit trifft diese Aussage nicht zu: Laut Europol gab es im vergangenen Jahr (2010) europaweit 249 Terroranschläge – lediglich 3 davon hatten einen islamistischen Hintergrund. Die weitaus größte Zahl der Anschläge hingegen hatte einen nationalistischen Hintergrund*<sup>10</sup>.

### **Folie 10: Medienbeispiel 3: *Focus* „Weltmacht Islam“**

Das Politmagazin *Focus* stellte 2001 die „Weltmacht ISLAM“ auf sein Titelblatt und unterstrich die Textaussage mit der Grafik einer überdimensionierten Moschee vor der Weltkugel sowie Fotos, die entweder Massen von Gläubigen zeigen oder kriegerische und gewalttätige Szenen von Attentätern oder Fanatikern, die bedrohlich wirken. Auch hier ist wieder die Generalisierung der Religion kritisch zu vermerken: Weder sprechen sämtliche Muslime oder auch ‚islamische Länder‘ mit einer Stimme und vertreten ein gemeinsames Interesse, so dass man von einer „Weltmacht“ sprechen könnte, noch spiegelt die Titelaussage die real vorherrschenden Machtverhältnisse auf dem Globus wieder: global ‚mächtig‘ sind vor allem die 8 bis 20 reichsten Industrienationen der Welt, von denen lediglich 3 als ‚islamisch‘ zu bezeichnen wären<sup>11</sup>. Auch zeigen die Bilder lediglich einen überwiegend negativen Ausschnitt der Religion (und ihrer Instrumentalisierung) – neutrale, alltägliche oder positive Szenen werden nicht gezeigt.

---

<sup>10</sup> European Police Office (2011): Europol: TE-SAT 2011. *EU-Terrorism Situation and Trend Report*, S.9.

<sup>11</sup> Von der Gruppe der G 20 wären dies die Türkei, Indonesien und Saudi-Arabien.

### **Folie 11: Medienbeispiel 4: SPIEGEL spezial „Allahs blutiges Land“**

Fast genauso verfährt das Monatsmagazin *SPIEGEL spezial* mit seiner Ausgabe „Allahs blutiges Land“, wobei das Adjektiv ‚blutig‘ Effekt heischend in roter Schriftfarbe gehalten ist. Auch hier werden ikonografisch beinahe ausschließlich negative Aspekte pars pro toto für die Religion bzw. ihre AnhängerInnen gezeigt: blutige religiöse Rituale, Selbstmordattentäter, Soldaten, Feuer.

### **Folie 12: Medienbeispiel 5: DER SPIEGEL „Der Koran“**

Ebenfalls ein scheinbar faktisches Machtverhältnis unterstellte *DER SPIEGEL* mit seiner Weihnachtsausgabe 2007 mit dem Titel „DER KORAN. Das mächtigste Buch der Welt“. Auch hier ist zu fragen, inwieweit diese Suggestion in Aussageform den realen globalpolitischen und ökonomischen Machtverhältnissen entspricht. Zumindest was die Auflage- bzw. Verkaufszahlen betrifft, ist laut verschiedenen Erhebungen und Schätzungen die Bibel weltweit an Platz 1, und der Koran hinter Mao Zedong und dem Manifest der Kommunistischen Partei erst auf Platz 7<sup>12</sup>.

### **Folie 13: Medienbeispiel 6: DER SPIEGEL „Haben wir schon die Scharia?“**

Auch ein Blick ins Innere des *SPIEGELs* zeigt, dass reißerische Titel nicht nur auf dem Deckblatt des Magazins zu finden sind. Ein Artikel mit der Überschrift „Haben wir schon die Scharia?“ weist zum Beispiel eine interessante Bild-Text-Korrelation auf. Das Foto über dem Artikel zeigt eine belebte Straßenszene mit einem Gemüsemarkt und Passanten mit Migrationshintergrund, zwei davon mit Kopftuch. Die Bildunterschrift lautet aber: „Muslimischer Alltag (in Berlin-Kreuzberg): „Wir waren viel zu lange viel zu nachlässig“.

Hier zeigt sich eine beliebte Tendenz in der Islamberichterstattung, nämlich die Muslimifizierung nicht-religiöser Sachverhalte. Es ist ja keineswegs eine Szene in einer Berliner Moschee, die dort abgebildet ist, was den ersten Teil der Bildunterschrift zulässig beschrieben hätte, nein, ein Gemüsemarkt wird als „muslimischer“, also religiöser Alltag konstruiert.

Aufschlussreich ist auch die Grafik auf derselben Seite, wo anhand von Balkendiagrammen der Zuwachs der „Muslime in Deutschland“ dargestellt wird: Der erste Balken zeigt 2005 den Anteil der Muslime an der Gesamtbevölkerung bei 4%, eine Prognose für 2030 sieht diese bei mehr als doppelt so vielen, nämlich ca. 10%. An sich genommen könnte die Infobox als neutrale Darstellung gewertet werden, die Gesamtaufma-

---

<sup>12</sup> Siehe z.B. [http://de.wikipedia.org/wiki/Liste\\_erfolgreicher\\_Bücher\\_nach\\_verkauften\\_Exemplaren](http://de.wikipedia.org/wiki/Liste_erfolgreicher_Bücher_nach_verkauften_Exemplaren).

chung – Titel, Zitate, inhaltliche Tendenz – lässt diese Zahlen jedoch bedrohlich erscheinen.

#### **Folie 14: Studie „Das Islambild von ARD und ZDF“**

Dass selbst die öffentlich-rechtlichen Medien eine sehr tendenziöse Berichterstattung über ‚den‘ Islam pflegen, wurde bereits 2007 in einer aufwändigen Studie von Kai Hafez und Carola Richter nachgewiesen. **Im Zeitraum vom 1. Juli 2005 bis 31. Dezember 2006** wurden sämtliche Magazinsendungen, Talkshows, Reportagen und Dokumentationen auf **ARD und ZDF hinsichtlich** des thematischen Zusammenhangs, in denen der **Islam** in Erscheinung trat, **untersucht**. Von 133 Beiträgen befassten sich lediglich 11 mit dem **Alltagsleben oder sozialen Themen** von Muslimen, also **weniger als ein Fünftel aller Beiträge**. In **81% der Fälle** wurde der Islam in Zusammenhang mit **negativ** konnotierten Themen **repräsentiert**. Der größte Teil der Beiträge (**40%**) stand in Zusammenhang mit den **Themen Terrorismus/ Extremismus/ internationale Konflikte**.<sup>13</sup>

*Die Brisanz solch einer einseitigen Berichterstattung erkannte jüngst sogar die Integrationsbeauftragte der Bundesregierung, Staatsministerin Maria Böhmer (CDU): "Viele Untersuchungen haben inzwischen belegt, dass die Medien meistens ein einseitiges Islambild zeichnen" sagte sie der Welt und warnte vor den Folgen wie Rechtsterrorismus<sup>14</sup>.*

*Die einseitige Berichterstattung durch gezielte Auswahl überwiegend negativer Themen ist jedoch nur eine Seite der Medaille. Die gezielte Meinungsmache über bestimmte Themen die Andere: Es existieren mehrere Beispiele der gezielten Reproduktion von Vorurteilen über Muslime durch Talkshows und ähnliche Formate. So wurde Bekir Alboga, ehemaliger Sprecher des Koordinierungsrates der Muslime, 2007 zur Talkshow bei Sabine Christiansen eingeladen und wenige Tage später wieder ausgeladen, weil seine Ansichten zu gemäßigt waren - man wollte „einen radikaleren Muslim“ für die Sendung<sup>15</sup>.*

---

<sup>13</sup> Hafez, Kai; Richter, Carola (2007): „Das Islambild bei ARD und ZDF“. In: Bundeszentrale für politische Bildung: *Aus Politik und Zeitgeschichte* APuZ 26-27/2007.

<sup>14</sup> Günther Lachmann: „Böhmer kritisiert einseitiges Islambild in den Medien.“ *Welt online*, 12.12.2011. Sie hätte allerdings gut daran getan, auch die Folgen einseitiger Islamdarstellung seitens ihrer Parteikollegen wie Friedrich, Schäuble & Co zu kritisieren.

<sup>15</sup> Pascal Beucker: „Der Brückenbauer“. *taz*, 27.09.2007.

### **Folie 15: Teil 3: DAS AUSMAß DER ISLAMFEINDLICHKEIT**

Die Ergebnisse von mindestens 10 Jahren tendenziöser Medienberichterstattung über Muslime und dem Schüren von Vorurteilen seitens der Politik sind ein Anstieg von antimuslimischem Rassismus, was mehrere Umfragen belegen können. Im Folgenden die beiden jüngsten Studien zum Thema:

#### **Folie 16: Islamfeindlichkeit in Deutschland**

Die Friedrich-Ebert-Stiftung ermittelte in ihrer repräsentativen Studie „Die Mitte in der Krise. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2010“ unter Anderem die **Zustimmung zu islamfeindlichen Aussagen unter Deutschen**<sup>16</sup>. Der Aussage „Für Muslime in Deutschland sollte die Religionsausübung erheblich eingeschränkt werden.“ stimmten **58,4%** der Befragten zu – in Ostdeutschland lag der Zustimmungswert sogar bei 75,5%.

#### **Folie 17: Islamfeindlichkeit in Europa**

Die Studie „Die Abwertung der Anderen. Eine europäische Zustandsbeschreibung zu Intoleranz, Vorurteilen und Diskriminierung“ der Friedrich-Ebert-Stiftung aus dem Jahr 2011 weist nach, dass die **Zustimmung zu islamfeindlichen Aussagen in vielen europäischen Ländern auf ähnlich hohem Niveau** ist. So liegen die Zustimmungswerte zu Aussagen wie „Es gibt zu viele Muslime in (jew. Land)“, „Muslime in (jew. Land) stellen zu viele Forderungen“ oder „Der Islam ist eine Religion der Intoleranz“ in 8 europäischen Ländern (Deutschland, Großbritannien, Frankreich, Niederlande, Italien, Portugal, Polen und Ungarn) durchweg **zwischen 40 und 60 Prozent**<sup>17</sup>.

#### **Folie 18: Antimuslimischer Rassismus in der Praxis**

##### **- Benachteiligungen auf dem Arbeitsmarkt**

Antimuslimischer Rassismus äußert sich in der Praxis in vielfältige Weise; beispielsweise durch Kopftuchverbote im Schuldienst, aber auch in der Privatwirtschaft auf dem freien Arbeitsmarkt. Eine Studie der EU zu Minderheiten und Diskriminierung in 14 EU-Mitgliedsstaaten, der European Union Minorities and Discrimination Survey (EU-MIDIS) stellte 2009 fest, dass in den vergangenen zwölf Monaten jeder 3. Muslim einer Diskri-

---

<sup>16</sup> Repräsentative Stichprobenerhebung im gesamten Bundesgebiet unter 2.411 deutschen Staatsangehörigen. Erhebungsmethode: Anonymisierte Interviews mit standardisierten Fragenkatalogen.

<sup>17</sup> Mit Ausnahme von Portugal, wo nur der letzte Wert sehr hoch ist.

minierung ausgesetzt war und jeder zehnte einer diskriminierenden Straftat.<sup>18</sup> Die häufigsten Fälle von Diskriminierung erfolgten dabei auf der Suche nach einem Arbeitsplatz (18%) bzw. am Arbeitsplatz selber (13%). Dabei handelt es sich vor allem um **Diskriminierung aufgrund der Herkunft**, was auch das *Institut zur Zukunft der Arbeit* in einer Studie für Deutschland nachweisen konnte: So erhielten Bewerber mit Top-Referenzen bei absolut gleichen Qualifikationen zu **14 bzw. 24% mehr positive Antworten auf ihre Bewerbung, wenn sie einen deutsch klingenden Namen** hatten als Bewerber mit einen türkisch klingenden Namen.<sup>19</sup> Hinsichtlich der Erfassung von Benachteiligungen spezifisch gegenüber Muslimen (wie z.B. gegen Kopftuch tragende Frauen) stehen repräsentative Untersuchungen noch aus; zudem ist die Erfassung expliziter Benachteiligungen aufgrund der Religionszugehörigkeit oftmals schwierig, da häufig Mehrfachdiskriminierungen erfolgen (z.B. Ethnie, Religion und Geschlecht). Ein 12monatiger Testlauf der Antidiskriminierungsstelle des Bundes mit anonymisierten Bewerbungen bei Unternehmen aus Privatwirtschaft und öffentlichem Dienst wurde erst kürzlich beendet und muss noch ausgewertet werden<sup>20</sup>. In ihrer Publikation „Diskriminierung aufgrund der islamischen Religionszugehörigkeit im Kontext Arbeitsleben“ kommt die Antidiskriminierungsstelle des Bundes nach Auswertung verschiedenster Daten zwar zu dem Schluss, dass hinsichtlich der Arbeitsmarktsituation tendenziell „eine deutliche Schlechterstellung von Ausländern muslimischen Glaubens bzw. Zuwanderern aus islamisch geprägten Ländern im Vergleich zu anderen Migrantengruppen“ erkennbar sei; diese seien jedoch auf sozioökonomische Faktoren und die Zuwanderungsgeschichte zurückzuführen.<sup>21</sup>

Jedoch werden immer mehr Einzelfälle publik, in denen eine eindeutige Diskriminierung aufgrund des Kopftuchs stattfand. Die Debatte über ein Kopftuchverbot an Schulen oder im Öffentlichen Dienst und dessen Bewertung durch Politiker hat ihre Spuren in der öffentlichen Auffassung hinterlassen. So äußerte bspw. die Bundesbildungsministerin Annette Schavan in einem Interview, das Kopftuch werde als eine "politische[n] Symbolik" "in Deutschland wie international" als ein „Zeichen für eine kulturelle Abgrenzung

---

<sup>18</sup> Die Zahlen beziehen sich auf Muslime verschiedenster ethnischer Herkunft in 14 Mitgliedsstaaten. Junge Muslime zwischen 16 und 24 Jahren sind am stärksten von Diskriminierung betroffen. Am häufigsten werden Muslime in der Arbeit bzw. Arbeitssuche diskriminiert, gefolgt von Diskriminierung in der Privatwirtschaft (Gastronomie, Einzelhandel, Vermieter). [http://fra.europa.eu/fraWebsite/eu-midis/eumidis\\_muslims\\_en.htm](http://fra.europa.eu/fraWebsite/eu-midis/eumidis_muslims_en.htm).

<sup>19</sup> IZA DP No. 4741 (2010): *Ethnic Discrimination in Germany's Labour Market: A Field Experiment*. Die Diskriminierungsquote ist bei kleineren Unternehmen um 10% höher (24%).

<sup>20</sup> [http://www.antidiskriminierungsstelle.de/DE/Projekte\\_ADS/anonymisierte\\_bewerbungen/anonymisierte\\_bewerbungen\\_node.html](http://www.antidiskriminierungsstelle.de/DE/Projekte_ADS/anonymisierte_bewerbungen/anonymisierte_bewerbungen_node.html).

<sup>21</sup> Antidiskriminierungsstelle des Bundes (2010): „Diskriminierung aufgrund der islamischen Religionszugehörigkeit im Kontext Arbeitsleben. Erkenntnisse der sozialwissenschaftlichen Forschung und Handlungsempfehlungen, S.19.

und politischen Islamismus“ gesehen und sei ein „Symbol für die Unterdrückung der Frau“. <sup>22</sup>

Diese Einschätzung übernahm ein Architektenbüro im hessischen Friedberg, das einer 26jährigen Architekturabsolventin eine schriftliche Absage auf ihr Bewerbungsschreiben erteilte, welches sie mit Kopftuch zeigt. Darin hieß es: „Außerdem kommt eine Mitarbeiterin mit islamistischer Grundeinstellung mit dem Symbol des Kopftuches als Unterdrückung der Frauen nicht in Frage. Das Kopftuch ist ein Symbol politisch gewollter Unterdrückung und kein Ausdruck persönlichen Glaubens (wie fälschlicherweise oft behauptet wird). Dies können wir in unserem Büro leider nicht akzeptieren.“ <sup>23</sup>

*Die Ausgrenzung von Muslima mit Kopftuch zieht aber noch weitere Kreise. In Bielefeld wurde einer 27jährigen Arzthelferin der Besuch eines Fitnessstudios untersagt, da Kopfbedeckungen beim Training laut Hausordnung nicht erlaubt seien. Der Geschäftsführer des „All inclusive Fitness Bielefeld“ begründete dies folgendermaßen: „Wir [...] wollen uns rein auf das Thema Fitness, Gesundheit und Sport konzentrieren. Dem Thema Religion wollen wir keine Plattform bieten.“ <sup>24</sup>*

### **- Gesonderte Regelungen im Zuwanderungsrecht**

Auf juristischer Ebene sind es gesonderte Regelungen im Aufenthaltsrecht, die besonders Muslime betreffen: beispielsweise Paragraph 58a des Aufenthaltsgesetzes, der im Zuge des Kampfes gegen islamistischen Terrorismus eingeführt wurde. §58a AufenthG ermöglicht eine sofortige Abschiebung ohne vorhergehende Ausweisung „auf Grund einer auf Tatsachen gestützten *Prognose*“ (Hervorhebung: Autorinnen) – unter Aushebelung des gewöhnlichen Rechtsschutzes für Betroffene: „Zur Abwehr einer terroristischen Gefahr“ kann dann die oberste Landesbehörde ohne vorherige Ausweisungsbestimmung oder Abschiebungsandrohung eine Anordnung zur Abschiebung erlassen und sofort vollziehen. <sup>25</sup> Eine Wiederkehr nach Deutschland wird auf Dauer ausgeschlossen – zu Unrecht des Terrorismus verdächtige Ausländer haben auf diese Weise kaum Chancen, ihre Abschiebung rückgängig zu machen.

### **- Gesonderte Regelungen im Staatsbürgerschaftsrecht**

Die Tests und Fragebögen, die MigrantInnen in manchen Bundesländern zur Erlangung der Staatsbürgerschaft vorgelegt werden, haben es teilweise auch in sich. So z.B. der

---

<sup>22</sup> Zit. nach: Ier/Ap: „Bildungsministerin Schavan kritisiert Kopftuch-Urteil.“ In: *DER SPIEGEL*, 08.07.2006. <http://www.spiegel.de/schulspiegel/0,1518,425744,00.html>.

<sup>23</sup> Heide Platen: Wer Kopftuch trägt, ist Islamistin“, *taz* 14.10.2009.

<sup>24</sup> Cigdem Akyol: „Oben mit verboten“, *taz*, 31.03.2010.

<sup>25</sup> <http://dejure.org/gesetze/AufenthG/58a.html>.

„Gesprächsleitfaden zur Einbürgerung“ in Baden-Württemberg<sup>26</sup>. Von diesem Fragenkatalog sind nur und explizit die Einbürgerungsbewerber aus 57 islamischen Staaten mit hohen muslimischen Bevölkerungsanteilen (Türkei, Iran, Afghanistan etc.), die der islamischen Konferenz angehören, betroffen. Also alle Muslime. Die Begründung: In einer Pressemitteilung vom 14.12.2005 schrieb das baden-württembergische Innenministerium explizit von „Zweifeln, ob bei Muslimen generell davon auszugehen sei, dass ihr Bekenntnis bei der Einbürgerung auch ihrer tatsächlichen inneren Einstellung entspreche“<sup>27</sup>.

Das ist fatal: Eine Einschätzung einer öffentlichen Behörde, die Menschen muslimischer Religion pauschal als potentielle Lügner abstrafte.

Die Einbürgerungsbewerber in Baden-Württemberg müssen dabei neben den bundesweit gültigen Tests, die Kenntnisse über die politische Verfassung und Kultur Deutschlands abfragen, auch Fragen beantworten, die ihre Einstellungen zu Homosexualität und Gleichberechtigung von Frauen und Männern abfragen. Homophobie und Sexismus sind jedoch gesamtgesellschaftliche Phänomene und kein spezifisches Merkmal von Muslimen. So werden an muslimische MigrantInnen doppelte Standards angelegt.<sup>28</sup>

### **- Brandanschläge auf Moscheen, Beleidigungen, Übergriffe**

Hass-E-Mails an muslimische Verbände, Morddrohungen sowie Schmierereien, Sachbeschädigungen und Brandstiftungen an Moscheen oder muslimischen Vereinen: Eine umfassende und lückenlose Erhebung dieser Vorfälle gibt es für Deutschland nicht, da die Verfassungsschützer bisher nur zwischen rechtsextremen Straftaten antisemitischer und ausländerfeindlicher Ausprägung unterscheiden. Einzelne Islamverbände erfassen ihnen gemeldete Straftaten; so vermerkte z.B. der Zentralrat der Muslime eine erhöhte Zahl von Hass-Mails, Übergriffen auf Muslime und Anschläge auf Moscheen nach der Terrorwarnung der Bundesregierung im Herbst 2010.<sup>29</sup> In den USA werden so genannte „hate crimes“ auch gegenüber Muslimen erfasst: Laut FBI soll es einen Anstieg anti-muslimischer Straftaten um 50% seit 2009 gegeben haben.<sup>30</sup> Meldungen von schockierenden Einzelfällen gibt es am laufenden Band: beispielsweise das Paket mit abge-

---

<sup>26</sup> [http://gayfriends.pauls-network.de/dokumente/gespraechsleitfaden\\_einbuengerungen\\_bw.pdf](http://gayfriends.pauls-network.de/dokumente/gespraechsleitfaden_einbuengerungen_bw.pdf).

<sup>27</sup> s. Landtag von Baden-Württemberg, 13. Wahlperiode, Drucksache 13/5041: *Antrag der Fraktion GRÜ-NE und Stellungnahme des Innenministeriums. Verfassungswidrigkeit der Verwaltungsvorschrift? Gesprächsleitfaden bei Einbürgerungen von Muslimen.*

<sup>28</sup> Sehr wahrscheinlich wird der baden-württembergische Einbürgerungstest von der neuen rot-grünen Regierung in Bälde abgeschafft.

<sup>29</sup> Welt online: *Seit Terrorwarnung vermehrt Übergriffe auf Moscheen*, 23.11.2010.

<sup>30</sup> 2009: 107 Straftaten, 2010: 160 Straftaten. nach: Welt online: *Anti-muslimische Straftaten nehmen um 50% zu*, 15.11.2011.

schnittenen Schweineohren, das Unbekannte im Dezember 2009 dem Islamrat für die Bundesrepublik in Köln schickten<sup>31</sup> oder dem psychisch gestörten Mann, der in Berlin zwischen Juli 2010 bis Februar 2011 sieben Brandanschläge auf Moscheen oder muslimische Vereine verübte – wohl geistig unzurechnungsfähig<sup>32</sup>, doch von der Sarrazin-Debatte und antimuslimischen Stimmung in Deutschland beeinflusst hinsichtlich der Wahl der Objekte seiner Pyromanie. Auch tätliche Übergriffe gehören mittlerweile leider zu den Erfahrungen von Alltagsrassismus. In Göttingen wurde Mitte November 2009 eine Studentin mit Kopftuch auf dem Weg von der Universitätsbibliothek zu ihrem Auto von vier unbekanntem Männern rassistisch beschimpft, verprügelt und mit Fußtritten traktiert. Sie solle „endlich deutsch werden“ riefen sie ihr zu.<sup>33</sup> Beschimpfungen auf der Straße oder Schubereien gegenüber Frauen mit Kopftuch seien leider relativ häufig, berichtet die Leiterin der Berliner „Netzwerks gegen Diskriminierung von Muslimen“. In den weniger als zwei Jahren seit Bestehen des Netzwerks wurden über 220 Fälle von Diskriminierung per Fragebogen erfasst.<sup>34</sup>

### **- Mord**

Als bisheriger Höhepunkt des antimuslimischen Rassismus in Deutschland gilt der Mord an der jungen Muslima Marwa El-Sherbiny. Sie wurde am 1. Juli 2009 im Dresdener Landgericht von einem Rassisten ermordet. Er hatte sie auf einem Kinderspielplatz als Islamistin, Terroristin und Schlampe beschimpft, und ihr kein Lebensrecht in Deutschland zugestanden. Ihr Kopftuch empfand er als Beleidigung der deutschen Kultur. Als sie sich vor Gericht gegen seine Beleidigungen wehren wollte, erstach er die schwangere Frau vor den Augen ihres Mannes und ihres dreijährigen Sohnes mit 18 Messerstichen im Saal des Landgerichts Dresden. Obwohl er vor der Verhandlung in einem Brief an das Landgericht mitgeteilt hatte, dass er „schnell nervös“ werden könne, wenn er in Kontakt mit Muslimen treten müsse, die er als Feinde betrachte - er schrieb u.a. „Keiner auf ganzer Welt kann mir vorschreiben, dass ich Feinde in meiner Nähe tolerieren muss...“ - sah man sich nicht veranlasst, Sicherheitsvorkehrungen zu treffen, so dass er mit einem japanischen Kampfmesser in den Gerichtssaal kommen konnte.<sup>35</sup>

---

<sup>31</sup> Jörg Säuberlich: „Islamrat erhält Ekel-Paket mit Schweineohren“. *Welt online*, 16.12.2009.

<sup>32</sup> *Berliner Morgenpost*: „Berliner Moscheen-Brandstifter muss ins Gefängnis“, 06.07.2011.

<sup>33</sup> Paul Wrusch: „Kopftuch bedeutete Schläge“. *taz*, 20.11.2009.

<sup>34</sup> Sabine Rippeberger: „Muslimisches Netzwerk beklagt Diskriminierung“, *dw-world.de*, 30.11.2011.

<sup>35</sup> Dr. Sabine Schiffer: „Zum Gedenken an Marwa El-Sherbiny“, *Neue Rheinische Zeitung*, 15.07.2011.

## Folie 19: „Islamkritik“ als Türöffner für rechte Parteien

Als Religionskritik verpackte Islamfeindlichkeit ist anschlussfähig in der Mitte der Gesellschaft, was die hohen Zustimmungswerte bei Umfragen belegen (s. Folien 16 u. 17). Das wissen auch rechte und neurechte Parteien für sich zu nutzen, die die Islamfeindlichkeit oft als Türöffner für weitergehende rechte politische Programme einsetzen. Die Popularität eines Geert Wilders in den Niederlanden und die Wahlerfolge so genannter rechtspopulistischer Parteien in den skandinavischen Ländern tragen dem Rechnung. Mit Unterschriftenkampagnen und Bürgerprotesten etwa gegen Moschee-neubauten bedienen viele solcher rechten Parteien die islamfeindliche Stimmung. Aktuell sind in nahezu der Hälfte aller EU-Mitgliedsstaaten (13 von 27)<sup>36</sup> rechtspopulistische, rechtskonservative und rechtsextreme Parteien mit über 5% im jeweiligen Nationalparlament vertreten und können teilweise beachtliche Stimmenanteile verbuchen: so etwa die Wahren Finnen mit 19,1% der Stimmen, die norwegische Fortschrittspartei (in der sich der Attentäter Breivik vormals engagierte) mit 22,9% der Stimmen oder die Schweizerische Volkspartei, die mit 26,6% stärkste Kraft in der Schweiz ist, berühmt-berüchtigt durch rassistische Wählerkampagnen wie z.B. die Plakate mit dem schwarzen Schaf, welches von der Schweizer Landkarte gekickt wird oder dem initiierten und erfolgreich durchgeführten Referendum zu Minarettverboten. Die flämische Interessenpartei Vlaams Belang, als ein Beispiel der Transformation neurechter Parteien, gründete sich 2004 aus ihrer Vorgängerpartei *Vlaams Blok* (Flämischer Block) mit überarbeitetem Parteiprogramm, um einem drohenden Entzug der Parteienfinanzierung zu entkommen. Seitdem gibt es statt offenem Rassismus und plumper Ausländerhetze Kampagnen zu Integration und Kultur, gegen Religion und die Burka - Islamfeindlichkeit ist heute eben anschlussfähiger als der ‚gewöhnliche‘ Rassismus.<sup>37</sup>

## Folie 20: „Islamkritik“ als Türöffner für rechte Parteien II

Das wissen auch die klassischen Naziparteien. Der NPD-Strategie und sächsische Landtagsabgeordnete Jürgen Gansel schreibt in einer Meldung auf der Internetprä-

<sup>36</sup> Schweiz: Schweizer Volkspartei, Italien: Lega Nord, Belgien: Vlaams Belang, Niederlande: Partei für die Freiheit, Ungarn: Jobbik, Österreich: FPÖ, Slowakei: Slowakische Nationalpartei, Polen: Recht und Gerechtigkeit, Lettland: Nationale Allianz, Dänemark: Dänische Volkspartei, Schweden: Schwedendemokraten, Norwegen: Fortschrittspartei, Finnland: Wahre Finnen.

<sup>37</sup> Zum Weiterlesen über den s.g. ‚Rechtspopulismus‘: Marwa Al-Radwany: „Neonazis in bürgerlichem Gewand. Rechtspopulismus in Deutschland und Europa“. In: Bereich Politische Bildung (Hg.): Hegemonie – Theorie und politische Praxis. Frühlingsakademie 2011, Berlin 2011, S.87-95.

sens des sächsischen Landesverbands der NPD unter der Überschrift „Moslem-Feindschaft und Islam-Kritik als politischer Türöffner“<sup>38</sup> unter Anderem:

**„Der Kampf gegen die Islamisierung ist [...] der Türöffner für weitergehende ausländerpolitische Forderungen der nationalen Opposition. [...] Um die Forderung nach Ausländerrückführung zu popularisieren, sollte in Wahlkämpfen genau die Ausländergruppe in den Fokus gerückt werden, die sich die meisten Inländer außer Landes wünschen. Die nationale Opposition ist also wahltaktisch gut beraten, die Ausländerfrage auf die Moslemfrage zuzuspitzen (ohne sie freilich darauf zu beschränken) und die Moslems als Projektionsfläche für all das anzubieten, was den Durchschnittsdeutschen an Ausländern stört. [...] Salopp formuliert: Man hat propagandistisch die Moslems zu schlagen, um noch ganz andere Ausländergruppen politisch zu treffen.“**

Ganz ähnlich äußert sich übrigens der Vorsitzende der lokalen rechtspopulistischen Wählervereinigung *PRO KÖLN* in einem Interview mit der *Jungen Freiheit*:

„Das Thema Islamisierung drückt die Menschen und es liegt uns politisch nahe, also haben wir es uns ausgesucht. Wir haben nach Inhalten Ausschau gehalten und waren anfangs selbst überrascht, welche außerordentliche Resonanz wir mit dem Thema gefunden haben. Gerade in Großstädten kann man damit punkten! Wir haben die Marktlücke besetzt, und es ist uns der Einbruch in Schichten gelungen, die wir sonst nicht erreicht hätten. [...] Rouhs [Der Gründer von Pro Köln - Anmerkung der Verfasserin] hat sehr schnell erkannt, daß der politische Extremismus in eine Sackgasse führt.“<sup>39</sup>

NPD und *PRO KÖLN* haben es erkannt: Islamfeindlichkeit wird nicht mit ‚rechts‘ assoziiert, sondern als berechtigte Kritik der Mitte.

## **Folie 21: Teil 4: HAT SARRAZIN RECHT?**

Der CDU-Innenexperte Wolfgang Bosbach forderte im letzten Jahr, man müsse die Ängste der Europäer vor einer schleichenden Islamisierung Ernst nehmen.<sup>40</sup> Doch in welchem Bezug zur Realität stehen diese Ängste? Haben wir tatsächlich eine Unterwanderung durch religiöse Extremisten zu befürchten? Unterscheiden sich „Muslime in

---

<sup>38</sup> Jürgen Gansel, MdL: „Moslem-Kritik und Islamfeindschaft als politischer Türöffner“, <http://www.npd-sachsen.de/index.php?s=9&aid=802> 13.10.2010.

<sup>39</sup> Wir sind die Stimme der Bürger“, in: *Junge Freiheit* [http://www.jungefreiheit.de/Wir-sind-die-Stimme.144.98.html?&cHash=dc3e87cda3&tx\\_ttnews\[backPid\]=432&tx\\_ttnews\[tt\\_news\]=73336](http://www.jungefreiheit.de/Wir-sind-die-Stimme.144.98.html?&cHash=dc3e87cda3&tx_ttnews[backPid]=432&tx_ttnews[tt_news]=73336).

<sup>40</sup> Debatte im hessischen Landtag nach dem Schweizer Referendum. Sowohl die CDU-Fraktion als auch der innenpolitische Sprecher der FDP betonten, man müsse die Ängste der Bevölkerung Ernst nehmen. „Bosbach attestiert Deutschen Angst vor Islamisierung“. In: *Spiegel Online*, 30.11.2009, <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/0,1518,664161,00.html>.

Deutschland“ wirklich eklatant durch ihre Auffassungen zu Demokratie und Meinungsfreiheit? Oder, in anderen Worten: Hat Sarrazin Recht?

Bevor wir im Folgenden auf einige von Sarrazins zentralen Thesen eingehen, wollen wir uns noch einmal kurz die grundlegenden gesellschaftlichen Relationen in Deutschland und Europa anschauen.

Wie eingangs (Folie 6) erwähnt, liegt der offizielle Anteil von „Muslimen“ an der Gesamtbevölkerung bei knapp 5% - darunter fallen aber auch viele Menschen mit Migrationshintergrund, die einer anderen oder gar keinen Religion zugehörig sind, die sich als Atheisten oder Agnostiker verstehen oder noch nie eine Moschee von innen gesehen haben. Doch selbst wenn all diese Menschen gläubig wären UND die gleichen Interessen verträten (was ja der Kern der rassistischen Unterstellung ist), erscheint das Bedrohungsszenario der „Islamisierung“ vollkommen übertrieben - 5% ist eine absolute Minderheit. „Minderheiten“ werden aber nicht nur zahlenmäßig definiert - nach Henri Tajfel ist eine Minderheit eine *Gruppe mit fehlendem Zugang zur Macht*<sup>41</sup>. Und in der Tat sind Muslime und als solche kategorisierte hinsichtlich ihrer sozialökonomischen Stellung in Deutschland weitgehend von Machtpositionen ausgeschlossen: Über die Hälfte (55%) der in Deutschland lebenden Muslime und als solchen Kategorisierten besitzt nicht die deutsche Staatsbürgerschaft<sup>42</sup> und somit also weder aktives noch passives Wahlrecht und von diesen ca. 2,2 Mio. Muslimen und als solchen Kategorisierten besitzen wiederum etliche kein dauerhaftes Aufenthaltsrecht oder nur (Ketten-)Duldungen - eine potenzielle politische Einflussnahme ist also schon dadurch weitgehend eingeschränkt.

## **Folie 22: Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (2009): Muslimisches Leben in Deutschland**

Es gibt eine ganze Reihe quantitativer und qualitativer Studien, die Sarrazins Äußerungen und Behauptungen mühelos widerlegen.<sup>43</sup> Einige davon existierten bereits vor Veröffentlichung seines Buchs „Deutschland schafft sich ab“. Beispielsweise die sehr aufschlussreiche **Studie des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge „Muslimisches Leben in Deutschland“ von 2009**, die im Auftrag der Deutschen Islamkonfe-

<sup>41</sup> Henri Tajfel (1982): *Gruppenkonflikt und Vorurteil: Entstehung und Funktion sozialer Stereotypen*. Bern: Hans Huber, S. 143f.

<sup>42</sup> Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (2009): *Muslimisches Leben in Deutschland*, S.68f.

<sup>43</sup> Sehr lesenswert z.B. die Studie Naika Foroutans (Hrsg.) an der Humboldt-Universität zu Berlin: *Sarrazins Thesen auf dem Prüfstand. Ein empirischer Gegenentwurf zu Thilo Sarrazins Thesen zu Muslimen in Deutschland*. <http://www.heyamat.hu-berlin.de/dossier-sarrazin-2010>.

renz erstellt wurde. Dort heißt es schon im Vorwort: „Die Studie verfügt über das Potential, die Diskussion um Muslime in Deutschland in einem hohen Maße zu versachlichen.“<sup>44</sup> Und einige Seiten weiter: „Die Befunde sprechen für die Notwendigkeit einer differenzierten Sichtweise auf die muslimische Bevölkerung in Deutschland.“<sup>45</sup> Für Sarrazin wäre es ein Leichtes gewesen, sich die öffentlich zugängliche Studie aus prominenter Urheberschaft zu besorgen und nachzulesen, was das von der Bundesregierung beauftragte Forscherteam nach über 6.000 Telefoninterviews und 450 Seiten Auswertung befand:

**„Der Islam ist nicht das Problem, auch wenn viele junge Muslime mit massiven Problemen ringen. Die Religiosität, gerade auch weil sie sich vor allem friedlich äußert, sollte daher als Ressource für den Integrationsprozess genutzt und nicht als Barriere für die Eingliederung der Muslime in Deutschland begriffen werden.“**<sup>46</sup>

Betrachten wir im Folgenden einige von Sarrazins populärsten Thesen:

### **Folie 23: Behauptung: „Einwanderung in die Sozialsysteme“**

**Sarrazin behauptet: Die »finanziellen und sozialen Kosten der muslimischen Einwanderung« wären »weitaus höher (...) als der daraus fließende wirtschaftliche Ertrag«.**<sup>47</sup> Mit dieser Aussage suggeriert er, dass Migranten gezielt nach Deutschland kämen, um die sozialen Sicherungssysteme auszubeuten.<sup>48</sup>

Fakt ist:

Das Gegenteil ist richtig: **80 Prozent der Migrantinnen und Migranten in Deutschland mit muslimischem Hintergrund können Einkommen aus Lohn, Gehalt oder Selbständigkeit vorweisen.**<sup>49</sup> **Zudem zahlen mehr Steuern und Abgaben, als sie Transferleistungen vom Staat erhalten.** Im Jahr 2004 waren es beispielsweise 1.840 Euro. Zu diesem Ergebnis kam eine Studie des *Instituts zur Zukunft der Arbeit* (IZA) für das Wirtschaftsmagazin *Capital*. IZA-Forscher Holger Bonin betont: »Das Stammtischgerede davon, dass Ausländer auf Kosten der Bundesbürger die Sozialsysteme ausplündern, ist blanker Unsinn«.<sup>50</sup> Jeder Migrant zahlt der Studie zufolge »im Laufe seines

<sup>44</sup> Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (2009): *Muslimisches Leben in Deutschland*, S. 5.

<sup>45</sup> Ebd., S. 321.

<sup>46</sup> Ebd. S. 33.

<sup>47</sup> Thilo Sarrazin (2010): *Deutschland schafft sich ab*. DVA, S.330.

<sup>48</sup> Ebd. S.320 ff.

<sup>49</sup> Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (2009): *Muslimisches Leben in Deutschland*, S. 234.

<sup>50</sup> *Capital*, 4/10/2006.

restlichen Lebens durchschnittlich 11.000 Euro mehr an den Staat, als er bekommt. Zusammengerechnet sind das 82 Milliarden Euro«. <sup>51</sup>

## **Folie 24: Behauptung: „Muslimische Migranten sind integrationsunwillig“**

Laut Sarrazin sind muslimische Migranten »integrationsunwillig« und »integrationsunfähig« <sup>52</sup>

Fakt ist:

Im Gegensatz zu Sarrazins These, Muslime wollen sich nicht integrieren, **artikulierten 40 Prozent der befragten Muslime in Deutschland eine »enge Bindung zur Bundesrepublik«. Bei den nicht-muslimischen Befragten waren es nur 32 Prozent.** <sup>53</sup>

*Die Bundesregierungen der letzten Jahrzehnte aus CDU, FDP, SPD und Grünen waren und sind »integrationsunwillig«. Bis heute verweigern sie Migrantinnen und Migranten die gleichen sozialen und demokratischen Rechte: das Wahlrecht, das kommunale Wahlrecht, die Anerkennung ihrer im Ausland erworbenen Abschlüsse, das Recht auf Einbürgerung für die hier geborenen oder aufgewachsenen Jugendlichen. Migranten werden auf dem Arbeitsmarkt und bei der Ausbildungssuche diskriminiert. Einwanderer und ihre Nachkommen arbeiten häufiger in schlecht bezahlten und unsicheren Arbeitsverhältnissen und sind doppelt so häufig arbeitslos. Asylbewerber und Menschen mit Duldung dürfen gar nicht arbeiten, Menschen mit Aufenthaltserlaubnis dürfen nur Arbeitsplätze annehmen, die von Deutschen abgelehnt wurden. Die Folge: Menschen mit Migrationshintergrund sind mit 28 Prozent überdurchschnittlich häufig arm. Kinder mit Migrationshintergrund kommen überdurchschnittlich häufig auf die Hauptschule, nur jedes zehnte schafft das Abitur. Das »extrem selektive« deutsche Schulwesen verletzt das Menschenrecht auf Bildung von Kindern, deren Muttersprache nicht Deutsch ist, stellte der UN-Menschenrechtsgesandte Vernor Muñoz im Jahr 2007 fest.* <sup>54</sup>

Eine aktuelle Studie zum Integrationsverhalten von Türken in Deutschland vom März diesen Jahres stellte in einer Befragung unter anderem heraus, dass **70% der befrag-**

---

<sup>51</sup> Capital, 4/10/2006.

<sup>52</sup> Lettre International (deutsche Ausgabe), Nr. 86, 2009, S. 6.

<sup>53</sup> Gallup/Coexist (2009): Gallup Coexist Index 2009: Weltweite Studie interkonfessioneller Beziehungen, S. 46. Bei der Gallup-Studie wurden über einen Zeitraum von 6 Jahren 50.000 Direktinterviews mit Muslimen aus 35 überwiegend ‚islamischen‘ Staaten, von Marokko bis Indonesien geführt. Es ist die umfangreichste und repräsentativste Großstudie über Muslime, die es gibt.

<sup>54</sup> Bericht des UN-Sonderberichterstatters für das Recht auf Bildung, Vernor Muñoz, Deutschlandbesuch, (3.– 21. Februar 2006), veröffentlicht am 7. März 2007.

**ten Türken in Deutschland sagen: „Ich möchte mich unbedingt und ohne Abstriche in die deutsche Gesellschaft integrieren“.**<sup>55</sup>

### **Folie 25: Behauptung: „Parallelgesellschaften“**

Sarrazin behauptet, die Mehrheit der deutschen Muslime würde sich bewusst von der restlichen Bevölkerung abgrenzen wollen: **»Die besondere Problematik islamischer Einwanderer« zeige sich in der »räumlichen Segregation mit der Tendenz zur Bildung von Parallelgesellschaften«.** Muslime würden »gerne in ethnischen Vierteln leben«.<sup>56</sup>

Fakt ist:

**88 Prozent der Muslime in Deutschland möchten nicht größtenteils mit Menschen mit derselben ethnischen Abstammung und Religion wie sie selbst leben.** Das fand das US-Meinungsforschungsinstitut Gallup in einer lang angelegten Großstudie heraus.<sup>57</sup> Die Autoren der Studie schlussfolgern: »Die Umfrageergebnisse (räumen) mit dem Märchen auf, dass die meisten Moslems isoliert von der Gesamtgemeinschaft leben möchten. Wenn Moslems tatsächlich in ethnisch oder religiös homogenen Wohngebieten leben, ist dies meist eher eine Folge der wirtschaftlichen Gegebenheiten als die eigene, freie Wahl«<sup>58</sup>. Die Studie des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge bestätigt das in ihrer repräsentativen Befragung: **»Muslime aus allen Herkunftsregionen zeigen eine hohe Bereitschaft zu häufigeren Kontakten mit Deutschen.** Bei allen muslimischen Herkunftsgruppen ist der Anteil derjenigen, die keine Alltagskontakte zu Deutschen haben und auch keinen Kontaktwunsch äußern, nicht größer als 1 Prozent. **Eine explizite Abgrenzungstendenz konnte nicht festgestellt werden.**«<sup>59</sup>

Andere Studien bestätigen dieses Ergebnis.<sup>60</sup>

*Vielmehr bilden, so der Sozialwissenschaftler Christoph Butterwege, die von Sarrazin umsorgten gesellschaftlichen »Eliten« aus freien Stücken »eine Parallelgesellschaft heraus (...), wenn sie Luxusquartiere bewohnen und sich auch räumlich immer deutlicher abschotten«.*<sup>61</sup>

<sup>55</sup> Liljeberg Research / Meinungsforschungsinstitut INFO: „Studie zum Integrationsverhalten von Türken in Deutschland“, März 2011, S. 32.

<sup>56</sup> Thilo Sarrazin (2010): *Deutschland schafft sich ab*. DVA, S.368.

<sup>57</sup> Gallup/Coexist (2009): Gallup Coexist Index 2009: Weltweite Studie interkonfessioneller Beziehungen, S. 35.

<sup>58</sup> Gallup/Coexist (2009): Gallup Coexist Index 2009: Weltweite Studie interkonfessioneller Beziehungen, S.5.

<sup>59</sup> Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (2009): *Muslimisches Leben in Deutschland*, S. 17.

<sup>60</sup> Open Society Institute (2010): *Muslime in Berlin*.

<sup>61</sup> Frankfurter Rundschau, 30.8.2010, S.3.

Das Kriminologische Forschungsinstitut Niedersachsen befragte in einer Erhebung türkische Jugendliche zu ihren sozialen Kontakten. 40,9% der befragten türkischen Jugendlichen gaben an, sie fänden deutsche Nachbarn sehr angenehm. Im Vergleich dazu, fänden es nur 9,2% der deutschen Jugendlichen sehr angenehm, wenn türkische Nachbarn neben ihnen wohnen würden. Während bei den türkischen Jugendlichen nur 9% eine deutsche Nachbarschaft ablehnten, lag der Anteil unter den deutschen Jugendlichen, die eine türkische Nachbarschaft nicht mochten, bei 38%. Der Leiter des KFN, Christian Pfeiffer, sagte hierzu: „Die Türken wünschen sich mehr Kontakt zu den Deutschen, aber die Deutschen zeigen ihnen die kalte Schulter.“<sup>62</sup>

### **Folie 26: Behauptung: „Extremismus und Fanatismus“**

Sarrazin meint, dass muslimische Migranten besonders gewalttätig sind. Er behauptet: »Bei keiner anderen Religion ist der Übergang zu Gewalt, Diktatur und Terrorismus so fließend.«<sup>63</sup>

Fakt ist: **„...ein signifikant höheres Maß an Autoritarismus / Demokratiedistanz junger Muslime im Vergleich zu einheimischen Nichtmuslimen [ist] nicht nachzuweisen.** Einheimische Jugendliche in ähnlicher sozialer Lage erweisen sich als in vergleichbarem Maße autoritaristisch-demokratiedistant, **es handelt sich hier also nicht um ein für junge Muslime spezifisches Phänomen.**<sup>64</sup> so das Bundesministerium des Inneren in seiner Studie über Muslime in Deutschland. Die Studie Instituts Gallup zeigt ebenfalls, dass an dem Vorurteil wenig dran ist: Die **Ablehnung von Gewalt ist unter Muslimen in Deutschland** sogar höher als unter der deutschen Gesamtbevölkerung. So hielten im Jahr 2007 **etwa 80 Prozent »Gewaltanwendung aus edlen Gründen« für »überhaupt nicht vertretbar« – bei der deutschen Gesamtbevölkerung waren es hingegen nur 75 Prozent.**<sup>65</sup> Eine andere Gallup-Studie zeigt, dass 98 Prozent der Berliner Muslime Gewalt gegen Zivilisten ablehnen.<sup>66</sup> 97 Prozent der Muslime in Deutschland finden Ehrenmorde moralisch nicht akzeptabel.<sup>67</sup>

<sup>62</sup> M. Dobrinski / J.Käppner / N. Fried / P. Blechschmidt: *Die unbeliebten Türken*, in: Süddeutsche Zeitung, 12. Oktober 2010.

<sup>63</sup> Thilo Sarrazin: „Bei keiner anderen Religion ist der Übergang zu Gewalt und Terrorismus so fließend.“ In: *BILD*, 26.08.2010.

<sup>64</sup> Bundesministerium des Inneren (Hrsg.) (2007): „Muslime in Deutschland“, Hamburg, S. 495.

<sup>65</sup> Gallup/Coexist (2009): Gallup Coexist Index 2009: Weltweite Studie interkonfessioneller Beziehungen, S.41

<sup>66</sup> Gallup/Coexist (2009): Gallup Coexist Index 2009: Weltweite Studie interkonfessioneller Beziehungen, S. 40 f.

<sup>67</sup> Gallup/Coexist (2009): Gallup Coexist Index 2009: Weltweite Studie interkonfessioneller Beziehungen, S. 35

Die Ergebnisse gelten auch für Muslime weltweit. Gallup befragte 50 000 Muslime in 35 ‚islamischen‘ Ländern. Dass ‚die‘ Muslime, wie Sarrazin meint, Diktatur und Terrorismus befürworten, kann klar widerlegt werden: Im Gegenteil, die Befragten äußerten, sie würden am ‚Westen‘ neben dem technologischen Fortschritt, der an erster Stelle stand, besonders die freie Meinungsäußerung, die freie Ausübung der Religion und die parlamentarische Demokratie verehren und wünschen sich vor allem Selbstbestimmung und Selbstbefreiung von autoritären Herrschern in den arabischen Ländern.<sup>68</sup>

In den Vorworten der Verfassungsschutzberichte der letzten sechs Jahre wird stets „der islamistische Terrorismus“ als „die gravierendste Bedrohung für Stabilität und Sicherheit in Deutschland“ als erster Punkt genannt oder als „zentrales Schwerpunktthema des Verfassungsschutzes“. Die nackten Zahlen sehen folgendermaßen aus: **Laut** dem Präsident des **Bundeskriminalamts** gehe man von **1000 gewaltbereiten Islamisten** in Deutschland aus. **131 davon** sind als so genannte **„Gefährder“** einzustufen<sup>69</sup>. Wenn wir nun **von den ca. 4 Millionen ‚Muslimen‘ in Deutschland** ausgehen, die das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge hochrechnet, wären davon also **lediglich ca. 0,025 %** als **gewaltbereite Islamisten** einzustufen **und ca. 0,0033%** als **Gefährder** - glaubt man den Sicherheitsbehörden. **Zum Vergleich:** Das rechtsextremistische Gewaltpotential in Deutschland beziffert der Verfassungsschutz auf mehr als **9 mal so viele Personen, nämlich 9500**<sup>70</sup>. *Inwieweit die Angaben über gewaltbereite Islamisten und Rechtsextreme immer korrekt sind, kann bezweifelt werden, da diese Zahlen auf der Einschätzung der Verfassungsmäßigkeit bzw. Verfassungswidrigkeit von Organisationen beruhen, die durchaus sehr umstritten sind*<sup>71</sup>. *Dass die Verfassungsschützer bei der Bewertung von Menschen als Islamisten auch über das Ziel hinaus schießen und unschuldige Bürger verdächtigen, ist uns aus mindestens zwei Fällen bekannt: So wurde beispielsweise gegen den Frankfurter Studenten Haddid N. vom Staatsschutz ermittelt, weil er für den 11. September 2009 einen Flug zu seinem Onkel nach Pakistan gebucht hatte. Später wurden die Ermittlungen eingestellt, denn außer, dass er den ‚Fehler‘ begangen hatte, einen privaten Flug an einem ‚falschen‘ Datum zu buchen, lag nichts gegen ihn vor.*<sup>72</sup> *Dennoch wurde er - trotz Einstellung der Ermittlungen - weiterhin*

---

<sup>68</sup> Gallup/Coexist (2009): Gallup Coexist Index 2009: Weltweite Studie interkonfessioneller Beziehungen.

<sup>69</sup> Focus Online: Islamistischer Terrorismus, Rockerkriminalität und Linksextremismus. 20.10.2010.

<sup>70</sup> Bundesministerium des Innern: Verfassungsschutzbericht 2010, S. 58.

<sup>71</sup> Zum Beispiel die Einstufung der Islamischen Gemeinschaft Mili Görus als islamistisch, oder die Einstufung der Linkspartei als linksextremistisch.

<sup>72</sup> Manuela Pfohl: „Der mysteriöse Fall Haddid N.“ *stern.de*, 26.01.2001.

als potentieller Gefährder in den Akten gelistet.<sup>73</sup> Ein weiteres prominentes Beispiel ist der deutsche Staatsangehörige Khaled El-Masri, der 2004 vom CIA nach Afghanistan verschleppt und vom BND verhört wurde. Grund: Eine Namensverwechslung mit einem mutmaßlichen Al-Quaida-Mitglied. Masri war unschuldig und wurde zu Unrecht verhört. Aber auch die Angaben über das Gewaltpotential von Rechtsextremisten sind fraglich: Im Verfassungsschutzbericht 2010 heißt es:

„Auch 2010 waren in Deutschland keine rechtsterroristischen Strukturen feststellbar. Rechtsextremistische Gewalt wird überwiegend spontan begangen.“<sup>74</sup> Und später im Text: „Die Anwendung systematischer Gewalt wird aber nach wie vor weitgehend abgelehnt.“<sup>75</sup>

Wie wir heute jedoch wissen, existieren in Deutschland rechte Terrornetzwerke ungeahnten Ausmaßes, die mindestens 10 Personen ermordet haben.

Jedenfalls zeigen die zahlenmäßigen Relationen, dass es keinen Grund für übermäßige Bedrohungsszenarien durch Islamisten gibt.

## **Folie 27: Behauptung: „...ständig neue kleine Kopftuchmädchen produziert“**

Sarrazin hatte in einem Interview mit der Zeitschrift *Lettre International* gesagt: "Ich muss niemanden anerkennen, der vom Staat lebt, diesen Staat ablehnt, für die Ausbildung seiner Kinder nicht vernünftig sorgt und ständig neue kleine Kopftuchmädchen produziert."<sup>76</sup>

Und in seinem Buch wiederholt er: „Sichtbares Zeichen für die muslimischen Parallelgesellschaften ist das Kopftuch. Seine zunehmende Verbreitung zeigt das Wachsen der Parallelgesellschaft an.“<sup>77</sup>

Dieses Schaubild zeigt jedoch, dass **in der zweiten Generation gut 7 Prozent weniger Frauen als in der ersten Generation angeben, immer ein Kopftuch zu tragen**, während die Anzahl derer, die **nie** ein Kopftuch tragen, leicht zunimmt. **70,7 % der muslimischen Frauen in Deutschland tragen also nie ein Kopftuch**, weitere 11,5% nur manchmal.<sup>78</sup>

---

<sup>73</sup> Volkhard Mosler, Jan Maas: „Wie man Unschuldige zu Terroristen erklärt.“ *Marx21.de*, 11.02.2001.

<sup>74</sup> Bundesministerium des Innern: Verfassungsschutzbericht 2010, S. 57.

<sup>75</sup> Bundesministerium des Innern: Verfassungsschutzbericht 2010, S. 63.

<sup>76</sup> *Lettre International*, Berlinheft vom 30. September 2009.

<sup>77</sup> Thilo Sarrazin: „Deutschland schafft sich ab“. DVA, S. 229.

<sup>78</sup> Naika Foroutan (Hrsg.) (2010): *Sarrazins Thesen auf dem Prüfstand*. HU Berlin, S. 41f.

## Folie 28: Behauptung: „Türken erobern Deutschland“

Sarrazin behauptete: „Die Türken erobern Deutschland genauso, wie die Kosovaren das Kosovo erobert haben: durch eine höhere Geburtenrate“<sup>79</sup>.

Was Sarrazin jedoch außer Acht lässt: Immer mehr MigrantInnen türkischer Herkunft haben in den letzten Jahren die Bundesrepublik Deutschland verlassen: **Die Nettozuwanderung von türkischen Staatsangehörigen ist seit 2002 rückläufig. 2008 gab es 26.653 Zuzüge und 34.843 Fortzüge von türkischen Staatsangehörigen aus Deutschland; der Saldo beträgt also Minus 8.190.**<sup>80</sup> **Auch 2010 gab es ein negatives Wanderungssaldo bei türkischen Staatsangehörigen von Minus 5.862.**<sup>81</sup> Anstatt dass „Türken Deutschland erobern“, verlassen diese vielmehr in zunehmendem Maße die Bundesrepublik. **Der Gesamtanteil von Türken in Deutschland und türkischstämmigen Deutschen an der Gesamtbevölkerung macht übrigens lediglich ca. 2,5 Mio.**<sup>82</sup>, **also gerade einmal 3% der Bevölkerung aus.** Keine massenhafte Grundlage für eine Eroberung also.

## Folie 29: Teil 5: FUNKTION VON RASSISMUS

In Teil 4 konnte gezeigt werden, dass die Behauptungen Sarrazins und auch die gängige Mediendarstellung von Islam und Muslimen jeglichen empirischen Grundlagen entbehrt. Warum fährt Sarrazin aber weiterhin fort, landauf, landab mit seinen unzulässigen Polarisierungen zu werben? Und nicht nur er: Auch RegierungsvertreterInnen und SprecherInnen staatlicher Institutionen lassen sich immer wieder zu propagandistischen Äußerungen hinreißen:

## Folie 30: ...denn sie wissen nicht, was sie tun...!?

So rief **Bundeskanzlerin Angela Merkel** bei einer Rede vor der Jungen Union am 16.10.2010 **„Multikulti (...) ist gescheitert, absolut gescheitert!“** - obwohl das ihr unterstehende Bundesamt für Migration und Flüchtlinge in seinen Studien und Untersuchungen zu ganz anderen Schlussfolgerungen kommt. Merkel behauptete auch im Rahmen der Eurokrise, dass Griechen und Portugiesen mehr Urlaub nehmen würden

---

<sup>79</sup> Lettre International, Berlinheft vom 30. September 2009.

<sup>80</sup> Bundesamt für Migration und Flüchtlinge: Migrationsbericht 2008, S. 29.

<sup>81</sup> Statistisches Bundesamt, Wiesbaden 2011.

<sup>82</sup> Bundesamt für Migration und Flüchtlinge: Muslimisches Leben in Deutschland, S.81.

als Deutsche, und dass sie früher in Rente gingen<sup>83</sup> - dabei verlassen Griechen, Spanier und Portugiesen den Arbeitsmarkt durchschnittlich nicht später als Deutsche und die Durchschnittsrente in Griechenland ist auch nur halb so hoch wie die in Deutschland. Und der gesetzliche Anspruch auf Urlaubstage ist in Spanien und Griechenland um zwei Tage, in Griechenland sogar um 4 Tage geringer als in Deutschland.<sup>84</sup>

Ebenso sind die politischen Bemühungen im Kampf gegen Terrorismus sehr ungleichwertig und disproportional zum Gewaltpotential (siehe Folie 26). So fragte etwa der Extremismus-Experte Hans-Gerd Jaschke nach Bekanntwerden der rechten Terrornetzwerke in einem Interview:

*„Wir haben ein **Terrorismus-Abwehrzentrum** (gegen islamistischen Terror, Anm. d. Autorinnen) in Berlin, bei dem etwa 40 Sicherheitsbehörden wie Landeskriminalämter Verfassungsschutz und Bundesnachrichtendienst sehr gut zusammenarbeiten. **Warum** gelingt das **nicht auch im Bereich des Rechtsextremismus**, der doch so viel mehr Opfer in Deutschland fordert?“<sup>85</sup>*

Gleiches gilt für die Berichterstattung über die Morde an 9 Migranten der letzten Jahre, die stets mit der gleichen Tatwaffe ausgeführt wurden und jeweils Kleinunternehmer mit türkischem oder griechischen Migrationshintergrund betrafen. Obwohl die Familien der Opfer wiederholt darauf hinwiesen, dass es sich um rassistische Motive für die Morde handeln könnte, wurden die Fälle in den **Medien** ausnahmslos mit Schutzgelderpressung, Mafia und türkischen kriminellen Banden in Verbindung gebracht. Der Begriff **„Döner-Morde“** etablierte sich und die Schuld für die nicht gelungene Aufdeckung der Morde wurde den Opfern in die Schuhe geschoben, anstatt den, wie sich jetzt zeigte, unfähigen Ermittlungsbehörden bzw. dem fehlenden politischen Willen. So titelte beispielsweise der SPIEGEL nach dem 6. Mord 2006: **„Die schwer durchdringbare Parallelwelt der Türken schützt die Killer.“**<sup>86</sup>

Waren die JournalistInnen wirklich so **naiv?** Sind die Verfassungsschutzbehörden **auf dem rechten Auge blind?** Oder treffen PolitikerInnen wie Merkel, Sarrazin & Co gezielt Falschaussagen trotz Kenntnis der Realität?

---

<sup>83</sup> Merkel sagte wörtlich: "Es geht auch darum, dass man in Ländern wie Griechenland, Spanien, Portugal nicht früher in Rente gehen kann als in Deutschland, sondern dass alle sich auch ein wenig gleich anstrengen - das ist wichtig." sowie: "Wir können nicht eine Währung haben und der eine kriegt ganz viel Urlaub und der andere ganz wenig. Das geht auf Dauer auch nicht zusammen." zit. in *Handelsblatt*: „Merkel wettert gegen Vorteile für griechische Rentner“, 18.05.2011.

<sup>84</sup> Philip Faigle: „Merkels Märchen vom faulen Portugiesen“. *Zeit online*, 18.05.2011.

<sup>85</sup> Arte Journal: „Neonazi-Morde kein Terrorismus“, 18.11.2011.

<sup>86</sup> E. Berger, K. Litschko: „Eine Bande aus den Bergen Anatoliens“, *taz*, 21.11.2011.

## Folie 31: Rassismus und Kapitalismus

Rassismus erfüllt eine gesellschaftliche Funktion im Kapitalismus. Er dient dazu, die Gesellschaft zu spalten. Für die jeweils Herrschenden ist er nützlich, weil sich die Beherrschten untereinander bekämpfen, anstatt sich gegen Herrscher oder politische Systeme der Ausbeutung aufzulehnen. Zudem lenkt die Projektion von Problemen auf bestimmte Menschengruppen von selbst verursachten Problemen und Krisen ab. Das Prinzip **„Teile und Herrsche“** hat eine lange politische Tradition und fand schon in der Außenpolitik des römischen Reichs Verwendung. Und es funktioniert - leider - häufig ziemlich gut: Ob im Irak, wo Warlords und Agenten mittlerweile den Bürgerkrieg zwischen ethnischen und religiösen Bevölkerungsgruppen organisieren und anfeuern, anstatt dass alle IrakerInnen gemeinsames gegen imperiale Besatzer aufbegehren, oder in Deutschland, wo es wochenlange Debatten über den angeblichen massenhaften Sozialstaatsmissbrauch durch Hartz-4-Empfänger und arbeitslose MigrantInnen gab anstatt wochenlangen Streiks gegen die größten neoliberalen Kürzungen seit der Agenda 2010.

Dass ausgerechnet Thilo Sarrazin, seinerzeit im Vorstand der deutschen Bundesbank, „die Unterschicht“ und „die Muslime“ angreift, ist nicht verwunderlich. Damit wendete er den Fokus von den Banken als maßgebliche Mitverursacher der Finanzkrise und Empfänger milliardenschwerer staatlicher Transferleistungen weg zu denen, die sich schlecht wehren können und keine Lobby haben, damit sich die Wut der Bevölkerung auf die staatlichen Transferleistungen für Arbeitslose und sozial Benachteiligte kanalierte. Und auch Angela Merkel nebst liberal-konservativer Regierung profitiert davon, wenn sich die Menschen über die „faulen Griechen“ mokieren anstatt über die Verwicklungen der politischen Klasse in die Banken- und Finanzkrise.

Das funktioniert deshalb so gut, weil der **Rassismus** auch **in der tatsächlichen Konkurrenz wurzelt, auf der der Kapitalismus beruht**, etwa um Löhne, Arbeitsplätze und die Höhe des Lebensstandards. **Karl Marx** beschrieb diese Funktion bereits **1870 am Beispiel der Spaltung zwischen englischen protestantischen Arbeitern und irischen katholischen Einwanderern:**

*„Der gewöhnliche englische Arbeiter hasst den irischen Arbeiter als einen Konkurrenten, der seinen standard of life herabdrückt. [...] **Dieser Antagonismus wird künstlich wach gehalten und gesteigert durch die Presse, die Kanzel, die Witzblätter, kurz, alle den herrschenden Klassen zu Gebot stehenden Mittel. Dieser Antagonismus ist das Geheimnis der Ohnmacht der englischen Arbeiterklasse, trotz ihrer Organisation. Er ist das Geheimnis der Machterhaltung der Kapitalistenklasse**“<sup>87</sup>*

<sup>87</sup> Marx-Engels-Werke Bd. 32, S. 668ff.

## Folie 32: Zum Vergleich: Die Debatte über Hartz-4-Empfänger

Die Legitimation von Macht und Privilegien durch die Erzeugung eines Antagonismus zwischen verschiedenen Gruppen funktioniert auch ohne ‚Rassen‘. Am Beispiel der politischen Debatte über „die Hartz-4-Empfänger“ lässt sich das gut aufzeigen. Auch diese Debatte war eine **Ungleichwertigkeitsdebatte mit dem Ziel der Entsolidarisierung**. Gleichzeitig sollten bevorstehende Kürzungen sozialstaatlicher Leistungen legitimiert werden, indem der Unmut über die EmpfängerInnen von Sozialleistungen geschürt wurde. Mittel war hier nicht der Rassismus, sondern **Wohlstandschauvinismus**. Auch bei dieser Debatte gab es Stichwortgeber und vermeintliche ‚Tabubrecher‘, die die öffentliche Debatte entzündeten. Hier sei der damalige FDP-Chef Westerwelle genannt, der in einem Gastbeitrag in der *Welt* im Februar 2010 die „hart arbeitende“ Mittelschicht gegen Leistungsempfänger nach dem SGB II gegeneinander ausspielte und dabei schwadronierte „Wer dem Volk anstrengungslosen Wohlstand verspricht, lädt zu **spät-römischer Dekadenz** ein. An einem solchen Denken kann Deutschland scheitern“.<sup>88</sup> Im Fernsehen wurden Reportagen ausgestrahlt über besonders dreiste Leistungerschleichungen, die so dargestellt wurden, als seien sie keine Einzelfälle, sondern nur die Spitze des Eisbergs. Medien wie BILD griffen diese **Einzelfälle** auf und **stilisierten** sie **zu einem Grundproblem**: Unvergessen bleiben die medialen Hetzkampagnen gegen den **„Yacht-Hans“**, **„Florida-Rolf“** und **„Viagra-Kalle“**. Dabei beträgt die Betrugsquote bei Hartz-4 lediglich 1,9%<sup>89</sup> - eine angesichts der Höhe der Beiträge zu vernachlässigende Summe im Vergleich zu den Summen, die durch Steuerhinterziehungen und Bankenrettungen entstehen.

## Folie 33: Rassismus und die Krise

**Rassismus ist kein ‘automatischer Reflex‘ auf die Zuwanderung** von Menschen aus anderen Staaten. Einige Politiker legen dies nahe, wenn sie gesetzliche Diskriminierung von MigrantInnen damit begründen, dass man „die Ängste der Bevölkerung“ ernst nehmen müsse. So wuchs die Zahl der Migranten in Deutschland zwischen 1945 und 1973 von einigen Hunderttausend auf über vier Millionen an, weil die Unternehmen in der Boom-Phase des deutschen Nachkriegskapitalismus auf ausländische Arbeitskräfte angewiesen waren. Dennoch spielte Rassismus in der gesellschaftlichen Auseinandersetzung nur eine untergeordnete Rolle. Erst mit dem Einsetzen der **ökonomischen Krise ab Mitte der 70er Jahre** wurden in Westdeutschland von staatlicher Seite **Asyl-**

---

<sup>88</sup> Guido Westerwelle: „Ungelöst: Das neue Hartz4“, *Welt online*, 12.02.2010.

<sup>89</sup> *Spiegel online*: „Missbrauch bei Hartz 4 steigt leicht an“, 02.02.2010.

bestimmungen verschärft und Rassismus gegen Migranten forciert. Auch Sarrazins politische Intervention als Vorstandsmitglied der Bundesbank gegen Hartz-4-Empfänger<sup>90</sup> und Muslime kam nicht von ungefähr zu dieser Zeit. Und in der Euro-Krise wettete die BILD-Zeitung gegen die faulen „Pleitegriechen“.

### Folie 34: Profiteure des Rassismus

Wer profitiert letztendlich vom Rassismus, wem nutzt er?

Eins ist klar: Der Rassismus gegen Muslime nutzt nicht dem herkunftsdeutschen Otto Normalverbraucher. Er ist genauso weiterhin betroffen von Sozialabbau und Lohnkürzungen - ob mit oder ohne Muslime oder Migranten im Land. Profitieren wird aber die jeweilige herrschende Klasse - und die Faschisten.

Die Regierung Kohl schürte in den 1980er und 1990er Jahren immer wieder Ängste vor Migranten, um von ihrer unpopulären neoliberalen Politik abzulenken. Prägnant fasste die Wirtschaftswoche die wahren Gründe der „Asylflut“-Kampagne 1991 zusammen:

**„So konnte es wirklich nicht mehr weitergehen: Alle Welt redet nur noch von Inflation und Rezession, höheren Steuern (...) Die Wähler wandten sich in Scharen der Opposition zu. Es musste etwas geschehen. Und es geschah. Bundesinnenminister Schäuble schob ein neues Thema ins Rampenlicht der Öffentlichkeit: Die Asylantenfrage.“**

Die Folgen sind uns noch gut bekannt: Die grausamen Anschläge von Mölln, Solingen, Hoyerswerda und Rostock-Lichtenhagen. Helmut Kohl aber blieb im Amt. Und die Nazis freuten sich ebenfalls: So gab es nach der Asylflut-Kampagne Wahlerfolge bei den Landtagswahlen für die Nazi-Parteien DVU (Bremen 1991 und Schleswig-Holstein 1992) und REP (Baden-Württemberg 1992).

Und auch nach Sarrazins Dammbbruch frohlockten die Nazis - in einer Presseerklärung der NPD vom 24.08.2010 heißt es: „Dem Bundesbank-Vorstand kommt das große Verdienst zu, die Überfremdungskritik der NPD endgültig salonfähig zu machen.“<sup>91</sup>

---

<sup>90</sup> Bevor Sarrazin das Thema „Muslime“ für sich entdeckt und ausgeweidet hatte, polemisierte er gegen Hartz-4-Empfänger:

- „Kalt duschen ist doch eh viel gesünder. Ein Warmduscher ist noch nie weit gekommen im Leben.“ Sarrazin in der Süddeutschen Zeitung vom 01.03.2010 zu Einsparmöglichkeiten von Hartz-4-Empfängern.
- „Wenn man sich das anschaut, ist das kleinste Problem von Hartz-4-Empfängern das Untergewicht“ Sarrazin im Februar 2008 bei einer Debatte über die Höhe von Hartz-4.
- „Wenn die Energiekosten so hoch sind wie die Mieten, werden sich die Menschen überlegen, ob sie mit einem dicken Pulli nicht auch bei 15 oder 16 Grad Zimmertemperatur vernünftig leben können.“ Sarrazin im Juli 2008 als Sparvorschlag für Hartz-4-Empfänger bei steigenden Energiekosten.

<sup>91</sup> NPD (2010): Presseerklärung, 24.08.2010.

## Folie 35: Rassismus und Krieg

Rassismus dient aber nicht nur innenpolitisch der Ablenkung und Spaltung, sondern kann auch für außenpolitische Ziele bedeutsam werden. Dass Krieg ein Mittel der Politik sein kann, gestand der ehemalige Bundespräsident Horst Köhler in einem Interview relativ offen ein,

*„dass nämlich „ein Land unserer Größe mit dieser Außenhandelsorientierung und damit auch Außenhandelsabhängigkeit auch wissen muss, dass im Zweifel, im Notfall auch militärischer Einsatz notwendig ist, um unserer Interessen zu wahren, zum Beispiel freie Handelswege, zum Beispiel ganze regionale Instabilitäten zu verhindern, die mit Sicherheit dann auch auf unsere Chancen zurückschlagen negativ, bei uns durch Handel Arbeitsplätze und Einkommen zu sichern.“<sup>92</sup>*

Das gilt beispielsweise für die Bundeswehreinätze gegen die Piraterie in Somalia, aber noch viel mehr für Einsätze wie dem in Afghanistan, die geostrategischen Zielen dienen. Das Feindbild Islam erweist sich hier als nützliche Ideologie zur Legitimation dieser Kriege. Nach der Doktrin des War on Terror, des Krieges gegen den Terror, sollen präventive Schläge gegen Staaten verübt werden und islamistische Terroristen räumlich unbegrenzt überall verfolgt werden können. Wie schon auf Folie 7 angesprochen, ist die Feindbild-Logik daher unerlässlich zur Aufrechterhaltung der Kriegsinteressen. Solange Muslime als bedrohlich, rückständig, fanatisch, antidemokratisch etc. gezeichnet werden, erscheint es legitim oder sogar notwendig, diese zu bekämpfen bzw. militärische Interventionen gutzuheißen, die ‚rückständigen‘ islamischen Länder notfalls gewaltsam zur Modernisierung verhelfen. Die Entmenschlichung von Subjekten senkt die Tötungshemmung für Soldaten im Einsatz. Dabei dienen die meisten Kriegseinsätze der NATO-Staaten der Sicherung von Rohstoffen oder geostrategischen Vorteilen. *Wo diese nicht oder wenig vorhanden sind, kümmern Islamisten und Menschenrechtsverletzungen auch wenig. Beispiel Indonesien: das größte muslimische Land mit 200 Mio. Muslimen; in West-Neuguinea gibt es seit Jahren Gewalt gegen Christen und die Slums von Jakarta sind Zentren radikaler Islamisten, Straßenkinder werden zuweilen von radikalislamistischen Gruppierungen aufgegriffen und in illegalen islamischen Schulen erzogen - doch Indonesien gelangte bisher nicht auf die Abschussliste der ‚westlichen‘ Militärmächte - schließlich verfügt Indonesien nicht mehr über Erdölvorkommen.*<sup>93</sup>

<sup>92</sup> Horst Köhler, 22.05.2010, Deutschlandfunk.

<sup>93</sup> Wohl aber über Flüssigerdgas - dieses hat jedoch schon zwei Hauptabnehmer: Japan und China.

## Folie 36: Teil 6: LINKE ANTWORTEN AUF RASSISMUS

Was bedeutet das nun für uns als Linke? Wie können wir Rassismus entgegenwirken?

### Folie 37: Analyse...

Ein **Bewusstsein** für Rassismus und das **Verständnis der Funktion von Rassismus** ist die beste Voraussetzung, um den Dämon des Vorurteils zu entzaubern. Rassistische Lösungen klingen oft verführerisch einfach - daher sollten wir immer fragen:

**Wem nützt Rassismus?** Es ist unsere Aufgabe, die **Ziele von RassistInnen** zu **entlarven** - z.B. aktuell der fadenscheinige Versuch, die Verantwortung für die Banken- und Finanzkrise den ‚faulen Südeuropäern‘ zuzuschieben.

Ob Schulversagen, Ehrenmorde oder Jugendkriminalität - wir verwehren uns der **Ethnisierung sozialer Problemstellungen**. Soziale oder sozio-ökonomische Problemstellungen zu kulturell-religiösen umzudefinieren, sind billige Tricks der Rassisten und Spalter. Es ist weder die mangelnde Intelligenz der Türken, die zu schlechteren Schulergebnissen führt, wie Sarrazin behauptet, noch die ostdeutsche Mentalität, die junge Mütter dazu bringt, ihre Neugeborenen zu töten und in Blumenkästen zu verbuddeln, wie Jörg Schönbohm behauptete<sup>94</sup>. Wir sagen daher: Es ist eine **Klassenfrage statt einer „Rassen“frage!**

Es ist sehr wichtig, zu unterscheiden: **Antimuslimischer Rassismus ist keine Religionskritik, sondern** eine **gesellschaftliche Ausgrenzungspraxis**.

*Religionskritik* ist eine Angelegenheit von TheologInnen oder Gläubigen untereinander - diese kann, darf und soll stattfinden - und tut es auch schon; es gibt zahlreiche Gruppen und Strömungen, auch in Deutschland, die sich mit Lehre und Praxis des Islam auseinandersetzen, z.B. der Liberal-Islamische-Bund oder das islamische Frauennetzwerk *Nafisa* u.v.m.

Eine andere Angelegenheit ist die *Kritik bzw. kritische Auseinandersetzung über die Frage des Verhältnisses von Religion und Staat* im Allgemeinen und Konkreten - auch diese soll, darf und muss sogar noch viel intensiver geführt werden - da gibt es eine

---

<sup>94</sup> Nach der allgemeinen Bestürzung über einen neunfachen Säuglingsmord im brandenburgischen Brieskow-Finkenheerd im Jahr 2005, bei dem eine Frau über Jahre hinweg ihre Neugeborenen getötet und die Leichname versteckt hatte - unter anderem in Blumenkästen - versuchte der damalige Innenminister Brandenburgs, Jörg Schönbohm (CDU) die Taten mit dem Werteverfall in Ostdeutschland zu erklären: "Ich glaube, dass die von der SED erzwungene Proletarisierung eine der wesentlichen Ursachen ist für Verwahrlosung und Gewaltbereitschaft". *SPIEGEL online*: „Zum Entsetzen kommt Empörung“, 03.08.2005.

Menge Fragen, über die sich auch DIE LINKE bisher nicht einig ist, z.B. die Frage des (islamischen) Religionsunterrichts an Schulen.<sup>95</sup> Das meiste, was in Deutschland aber momentan unter dem Label „Islamkritik“ stattfindet, ist rassistische Propaganda und ein hegemonialer Diskurs seitens der Mehrheitsgesellschaft ohne konkreten Nutzwert - außer, die Menschen noch weiter zu spalten. Schon der Begriff „Islamkritik“ offenbart die fehlende Seriosität dieses Anliegens. Wie kann eine Weltreligion mit unzähligen Strömungen und Glaubensspraxen pauschal einer konstruktiven Kritik unterzogen werden? *Wie sähe analog eine „Christentumskritik“ aus? Müssten dann nicht auch in einem Atemzug pädophile Priester, die Kreationisten, Margot Käßmanns Alkoholfehltritt, die Kreuzzüge, die Verwicklungen des Vatikans in die Fluchthilfe für Nazis nach der Shoah und der Bibelvers Epheser 5,22 „Die Frau soll sich dem Mann unterordnen“ in einer solchen „Christentumskritik“ thematisiert werden?*

*Die derzeit populärsten angeblichen Islam-Kritiker, die also dem Wortsinn nach vorgeben, sich sachlich und kritisch mit einer Weltreligion auseinanderzusetzen, sind Henryk M. Broder, Thilo Sarrazin, Necla Kelec, Alice Schwarzer und Ralph Giordano - keiner von ihnen hat Islamwissenschaften oder Theologie studiert, keiner beherrscht die Sprache der heiligen Schrift des Islam - Arabisch - und keiner hat länger in einem muslimischen Land gelebt. Die Intention dieser „Kritik-Experten“ ist eine Andere - daher sollten wir dem Ruf nach „Islamkritik“ stets mit der Nachfrage entgegen, was denn genau kritisiert werden sollte und zu welchem Zweck.*

Überspitzt gesagt: Islamfeindlichkeit und **antimuslimischer Rassismus** sind keine Nebenwidersprüche im Kapitalismus oder Nischenthemen, mit denen sich ja die Arbeitsgemeinschaft ‚Migration und Gedöns‘ befassen kann - nein, Rassismus, in welcher Ausprägung auch immer, **betrifft und bedroht uns alle - nicht nur vermeintliche Muslime**. Das bewies nicht zuletzt das Attentat von Utoya in Norwegen - der Attentäter, ausgewiesener Islamfeind, der sich selbst als „Kreuzritter gegen die Islamisierung“ betrachtet, lief nicht etwa Amok in der Osloer Moschee, sondern griff die sozialistische Jugend an. Die erklärten Feinde von Nazis sind eben nicht nur Migrant\*innen, sondern auch Linke. Und: die Spaltung der Gesellschaft schadet uns allen und schwächt die Bewegung für eine gerechte Gesellschaft. Daher ist der Kampf gegen Rassismus unerlässlich.

---

<sup>95</sup> Auch wenn wir im Programm sagen „Der Unterricht ist im Rahmen des Bildungsauftrags des Staates durch staatlich anerkannte Lehrkräfte zu leisten, unabhängig von kirchlicher oder religionsgemeinschaftlicher Einflussnahme“, ist damit noch lange nicht geklärt, wie wir mit den Ansprüchen gläubiger SchülerInnen im Hier und Jetzt umgehen, solange eine Verfassungsreform nicht in Sichtweite ist.

## **Folie 38: ...und Praxis!**

### **- Rassismus entschieden entgegnet – ohne Wenn und Aber:**

Wir sollten uns niemals auf die Logik der Spaltung einlassen, die Sarrazynisten durchzusetzen versuchen. Wir verurteilen Rassismus - unmissverständlich und entschlossen. Die Taktik der SPD, Wählerstimmen gegeneinander aufzurechnen und aus Konfliktscheu im Zweifelsfall Rassisten und Volksverhetzer in den eigenen Reihen zu dulden, darf sich DIE LINKE niemals zu Eigen machen. Daher tut Information und Aufklärung über Rechtspopulismus, Islamfeindlichkeit und antimuslimischen Rassismus Not - noch intensiver als bisher! Bildungs- und Begegnungsveranstaltungen sind zu fördern.

### **- Konfliktpunkte im interkulturellen Zusammenleben konstruktiv und interaktiv bearbeiten**

Natürlich gibt es (immer wieder) Konfliktpunkte im interkulturellen Zusammenleben in Stadtvierteln oder Bereiche, wo religiöse Bekenntnisse und Praxen von Gläubigen mit anderen Bereichen des öffentlichen Lebens wie z.B. in Bildungseinrichtungen in Konflikt kommen. Als Beispiele seien hier etwa die jüngste Auseinandersetzung um die Klage eines muslimischen Schülers auf Einrichtung eines muslimischen Gebetsraumes an einer Berliner Schule genannt oder der Fall einer Angestellten im öffentlichen Dienst in Hessen, die nach ihrem Mutterschutz mit Burka an den Arbeitsplatz wiederkehrte. Hier sollten wir offene, sachliche und konstruktive Debatten auf einer Augenhöhe mit Migrantenselbstorganisationen oder muslimischen Verbänden führen, die auf die Lösung des konkreten Problems ausgerichtet sind.

*Anstatt, wie es andere politische Akteure tun, abstrakte Scheindebatten ohne Anlass zu führen; Debatten anzustoßen, die lediglich der Verurteilung einer Gesellschaftsgruppe dienen, aber darüber hinaus keine praktischen Lösungen aufweisen; oder gar über die Köpfe der Betroffenen hinweg politische Entscheidungen treffen, sollten wir für gemeinschaftliche Lösungen und Kompromisse streiten, die sowohl individuelle Persönlichkeits- und Freiheitsrechte, als auch gesellschaftliche Einrichtungen und Verträge berücksichtigen.*

### **- Bündnisse mit muslimischen / Migrantenselbstorganisationen - gemeinsam aktiv werden gegen Sozialabbau und Krieg!**

Um Rassismus an der Wurzel zu bekämpfen, ist es nötig, den sozialen Nährboden für rassistische Hetze zu entziehen. Der Sozialabbau der vergangenen Jahre hat es Rechtspopulisten und Nazis leicht gemacht, an die realen Abstiegsängste großer Teile der Bevölkerung anzuknüpfen und eine „einfache Lösung“ des Problems anzubieten.

Rassismus konnte erfahrungsgemäß immer dann zurückgedrängt werden, wenn Menschen Solidarität erfuhren und sich gemeinsam wehrten - gegen Lohnkürzungen, Arbeitsplatzabbau oder Sozialabbau. Die Menschen ändern sich beim Verändern.

Dabei sollte sich DIE LINKE nicht scheuen, themenspezifische Bündnisse mit muslimischen oder migrantischen Organisationen einzugehen, solange sie dabei im Bündnis ihre Eigenständigkeit bewahren kann. Was für die Friedensbewegung mit christlichen Gruppen seit Jahren selbstverständlich ist, sollte für die Zusammenarbeit mit Moscheevereinen und Migrantenselbstorganisationen genauso selbstverständlich werden. Hier hat DIE LINKE noch Berührungängste abzubauen und initiativ zu werden.

Um die Angriffe auf die sozialen Sicherungssysteme abzuwehren, und für eine menschenwürdige Gesellschaft zu kämpfen, benötigen wir Einheit und Stärke - gemeinsam mit Menschen jedweder Herkunft und Religion!

*Die soziale Frage – also Arbeitslosigkeit, Niedriglöhne, Bildung und Ausbildung - steht weiterhin an oberster Stelle auf der Problemskala der überwältigenden Mehrheit der Menschen. Wir sollten daher deutlich machen, dass MuslimInnen, ChristInnen, Juden/Jüdinnen, AtheistInnen, Herkunftsdeutsche und Deutsche mit Migrationshintergrund der Wunsch nach einer menschenwürdigen Existenz eint und damit weit mehr verbindet, als alle Spaltungsargumente der Sarrazynisten. Rassistischen Vorurteilen kann so begegnet werden, wenn die soziale Frage als vereinigendes Moment in den Mittelpunkt gestellt wird und gemeinsam und auf einer Augenhöhe mit den Menschen Handlungsperspektiven entwickelt werden, wie sie ihre sozialen und kulturellen Alltagsinteressen vertreten können.*

### **Folie 39: LINKE Forderungen**

Als Partei DIE LINKE fordern wir:

Deutschland braucht eine **offene Migrations- und Integrationspolitik, die auf Ausgrenzung verzichtet** und die Rechte und soziale Lage von Migrantinnen und Migranten verbessern will. Die politischen Debatten und die Gesetzgebung sind jedoch – aller Integrationsgipfel zum Trotz – geprägt von Abwehr und Misstrauen. Migration soll immer stärker nach Kriterien der „Nützlichkeit“ organisiert werden – dies lehnen wir ab. Integration als unverzichtbarer Teil einer fortschrittlichen Migrationspolitik gibt den hier lebenden Migrantinnen und Migranten politische Mitbestimmungsrechte.

Wir fordern daher ein **Wahlrecht für alle dauerhaft in Deutschland Lebenden** - auf kommunaler Ebene, aber auch darüber hinaus. Die gesellschaftlichen Institutionen müssen endlich der kulturellen Vielfalt des Landes angepasst werden.

Es gibt keine deutsche Leitkultur, sondern Grund- und Menschenrechte, die alle binden. Eine demokratische Einwanderungsgesellschaft braucht einen wirksamen Schutz vor Diskriminierung und Rassismus.

MigrantInnen benötigen konkrete, **unterstützende Maßnahmen in den Bereichen Schule, Ausbildung, Beruf** sowie zur Bekämpfung von Armut und Benachteiligung. Wir fordern die Rücknahme der diskriminierenden Einschränkungen beim Ehegattennachzug und anderer Verschärfungen im Aufenthaltsrecht. Rechtliche Regelungen sollen verhindern, dass Migrantinnen und Migranten für Lohn- und Sozialdumping missbraucht werden. Ihnen soll **gleicher Lohn für gleiche Arbeit und ein unbeschränkter Arbeitsmarktzugang** gewährt werden.

Wir treten für ein modernes Staatsbürgerschaftsrecht ein, weil erst die deutsche Staatsangehörigkeit umfassend gleiche Rechte vermittelt: **Jeder, der in der Bundesrepublik geboren wird und dessen Eltern hier leben, soll die deutsche Staatsangehörigkeit erhalten. Einbürgerungen sollen erheblich erleichtert**, mehrfache Staatsbürgerschaft ermöglicht **werden**.

DIE LINKE setzt sich für eine **menschenrechtlich fundierte Asyl- und Migrationspolitik der EU** ein. Es muss Schluss sein mit einer Politik der Abschottung, die mit tausenden Toten an den Außengrenzen der EU einhergeht. Die Aufteilung in „legale“ und „illegale“ Migration führt in den Mitgliedsstaaten zum Entstehen von „Schattengesellschaften“.

Für Menschen, die hier illegalisiert leben und nicht selten Opfer skrupelloser Ausbeutung werden, wollen wir Perspektiven eines legalen Aufenthalts schaffen.

*Im Anhang 2 wird zusätzlich der Beschluss des Parteitags der LINKEN „Für Solidarität und gegen antimuslimischen Rassismus“ vom Mai 2010 dokumentiert.*

*Im Anhang 3 finden sich außerdem Auszüge aus dem Parteiprogramm der LINKEN zu den Themen Migrationspolitik, Anti-Diskriminierungspolitik, Anti-Rassismus und Religion.*

## **Folie 40: Schlussfolie**

Vielen Dank für die Aufmerksamkeit!

## ANHANG 1: Definitionen Islam / Islamismus<sup>96</sup>

### Islam

Islam, was soviel wie „die Hingabe des Selbst im Angesicht Gottes“ bedeutet und mit dem Wort ‚salam‘ (Frieden) verwandt ist, steht für eine monotheistische Religion, der sich heute weltweit ungefähr ein Fünftel aller Menschen zugehörig fühlen.

Wer sich Gottes Wille gläubig hingibt, wird als Muslim oder Muslima bezeichnet.

Islam ist also eine Glaubenslehre, die ihre Offenbarung in der heiligen Schrift des Koran (dem Wort Gottes) findet und sich zudem aus der Sunna, der (gelebten) Praxis des Propheten Muhammad herleitet.

Islam bildet kein statisches, von Ort und Zeit unabhängiges System. Nach Gudrun Krämer ist Islam überspitzt formuliert weitestgehend das, „...was Muslime an einem bestimmten Ort zu einer bestimmten Zeit als islamisch definieren und praktizieren<sup>97</sup>“.

Islam ist eine Religion, die in verschiedenen kulturellen Kontexten unterschiedliche Ausprägungen entwickelt, differente kulturelle Ebenen integriert und somit nur als vielgestaltiges Gebilde existiert. Auch wenn häufig die Rede von ‚dem Islam‘ ist und besonders IslamistInnen die Einheit des Islam beschwören, meint Islam doch immer auch Vielfalt und beinhaltet unterschiedlichste Facetten muslimischer Glaubens- und Lebenspraxis<sup>98</sup>.

### Islamismus

Unter Islamismus wird, im Gegensatz zum Islam (der Glaubenslehre), eine religiös-politische Ideologie verstanden, deren Anfänge im 19. Jahrhundert liegen.

Häufig wird der Begriff synonym zu ‚islamischer Fundamentalismus‘ verwendet.

Der Islamismus fordert zu einer Orientierung an den religiösen Wurzeln auf und sieht in der Frühzeit des Islam, der Zeit der rechtgeleiteten Kalifen, ein gesellschaftliches Idealbild, welches auch in der Gegenwart Anwendung finden und eine neue „islamische Identität“ schaffen soll. IslamistInnen erstreben eine Reform des Islam, die alle Lebensbereiche (Individuum, Staat, Gesellschaft, Wirtschaft etc.) einschließt.

---

<sup>96</sup> Mit freundlicher Genehmigung entnommen aus: Winkelmann, Anne / Könemann, Flora / Rabbow, Sandra / Al-Radwany, Marwa (2006): *Bilderwelten-Weltbilder. Auseinandersetzungen mit Islamophobie*. Berlin.

<sup>97</sup> Krämer, Gudrun (1999): *Gottes Staat als Republik*- Reflektionen zeitgenössischer Muslime zu Islam, Menschenrechten und Demokratie. Baden-Baden, S.25.

<sup>98</sup> An dieser Stelle sei auf die zahlreichen mystischen Bruderschaften bzw. den Sufismus hingewiesen, die jedoch von den Medien kaum behandelt werden. Vgl.: [http://www.transcript-verlag.de/ts153/ts153\\_1pdf](http://www.transcript-verlag.de/ts153/ts153_1pdf) /Rumpf, Mechthild: *Islam ist eine Religion*.

Trotz dieser Hinwendung zur Vergangenheit ist Islamismus eine an der Zukunft orientierte Ideologie. Islamismus ist nicht identisch mit dem Willen einer Rückkehr ins Mittelalter. Er ist als eine Reaktion (und Kritik) auf die Moderne zu verstehen. IslamistInnen lehnen einen "westlichen Kulturimperialismus" ab, gleichzeitig sind sie aber auch keine Anti-ModernistInnen, da sie sich moderner, technologischer Errungenschaften bedienen.

In vielen islamisch geprägten Ländern stehen islamistische Strömungen in Opposition zu den oftmals autoritären und korrupten Regimes. Islamistische Organisationen und Parteien sind als Antwort auf gesellschaftliche und politische Krisen ebenso attraktiv für sozial Schwache wie auch für wohlhabende Intellektuelle. Ihre Attraktivität liegt in der Verbindung von Ideologie und Aktionismus. Neben konkreten sozialen und kulturellen Dienstleistungen bieten sie Möglichkeiten des politischen Engagements und erfüllen eine identitätsstiftende Funktion. Islamistische Bewegungen unterscheiden sich in ihrer sozialen Zusammensetzung, Organisationsstruktur, Politik, kulturellen Bezügen und religiösen Lebenspraxis. Islamismus ist also ein zu differenzierendes Phänomen.

Tendenzen einer oftmals fundamentalen gesellschaftlichen Re-Islamisierung sind von dem militanten Islamismus einiger Gruppen zu unterscheiden.

Militante Gruppen erkennen nicht selten den orthodoxen Rechtsgelehrten ('ulamâ ) ihre Autorität ab und sehen in der von ihnen vorgenommenen Selbstinterpretation des Islam die einzig gültige und wahre. Sie haben einen Hang zum Totalitären, machen den ‚westlichen Imperialismus‘ für die Misere der islamischen Staaten verantwortlich und vertreten einen universalen Herrschaftsanspruch.

## **ANHANG 2: Dokumentation des Parteitagsbeschlusses**

### **„Für Solidarität und gegen antimuslimischen Rassismus“**

#### **Für Solidarität und gegen antimuslimischen Rassismus**

*Beschluss der 1. Tagung des 2. Parteitages der Partei DIE LINKE in Rostock am 15. und 16. Mai 2010*

1. DIE LINKE kämpft gegen jede Form von Diskriminierung, Rassismus und Sündenbockpolitik. Sie verletzen die Würde der betroffenen Menschen und verhindern Solidarität und gemeinsame Gegenwehr gegen Krieg und Sozialabbau.
2. Die LINKE tritt für Religionsfreiheit und gleiche Rechte für alle Religionen ein.
3. DIE LINKE verurteilt jegliche Diskriminierung von Musliminnen und Muslimen auf dem Arbeitsmarkt, im Bildungssystem, durch Behörden, etc.
4. DIE LINKE tritt gegen die Stilisierung des Feindbildes 'Islam' ein und verteidigt das Recht auf freie Religionsausübung von Muslimen. Wir verteidigen das Recht aller Religionsgemeinschaften auf eigene Gebetshäuser, ob Synagogen, Moscheen oder Kirchen.
5. Wir stellen Muslime und ihre Gemeinden nicht unter Generalverdacht. Wir arbeiten mit ihnen wie mit allen Bündnispartnern bei politischen Kampagnen zusammen, bei denen wir übereinstimmen. In Bündnissen geben wir die Eigenständigkeit als Partei DIE LINKE nicht auf.
6. Die Partei DIE LINKE ist eine Partei, in der alle Menschen Platz haben, die die Programmatik teilen – unabhängig von ihrer Herkunft oder Religion. In der LINKEN organisieren sich Atheistinnen und Atheisten und Anhängerinnen und Anhänger unterschiedlicher Religionen gemeinsam.
7. Der Parteitag fordert den Parteivorstand und die Gliederungen der Partei auf, sich mit antimuslimischem Rassismus und seiner Funktion auseinanderzusetzen.

## **ANHANG 3: Auszüge aus dem Programm Der LINKEN**

### **Migration und Integration als soziale und demokratische Frage – offene Grenzen für Menschen in Not!**

Deutschland ist ein Einwanderungsland. DIE LINKE lehnt eine Migrations- und Integrationspolitik ab, die soziale und politische Rechte danach vergibt, ob Menschen für das Kapital als "nützlich" oder "unnützlich" gelten. Wir wollen die soziale und politische Teilhabe für alle in Deutschland lebenden Menschen erreichen.

Der Familiennachzug muss sowohl Kindern als auch gleich- und andersgeschlechtlichen Lebenspartnerinnen und -partnern sowie Familienangehörigen zweiten Grades möglich sein. Die Förderung der sprachlichen Entwicklung und die Förderung des Bildungserfolges sind wichtig aber nicht ausreichend für die Integration. Wir wollen die strukturellen Diskriminierungen beim Zugang zu Bildung, zum Ausbildungs- und Arbeitsmarkt und zu sozialen Dienstleistungen beseitigen. Allen in Deutschland lebenden Menschen ist unabhängig von ihrem Aufenthaltsstatus eine Gesundheitsversorgung zu garantieren. Schutzsuchende dürfen nicht abgewiesen werden. Wir fordern offene Grenzen für alle Menschen.

DIE LINKE setzt sich für ein respektvolles gesellschaftliches Miteinander in Anerkennung der Verschiedenheit aller Menschen unterschiedlicher ethnischer Herkunft ein. Das erfordert vor allem demokratische Mitbestimmung von Migrantinnen und Migranten in allen gesellschaftlichen Entscheidungen. DIE LINKE setzt sich für das aktive und passive Wahlrecht für jene ein, die ihren Lebensmittelpunkt in Deutschland haben, sowie für gleiche Rechte beim Zugang zum Arbeitsmarkt. Alle Kinder, die hier geboren werden und deren Eltern in Deutschland leben, sollen die deutsche Staatsangehörigkeit erhalten. Die Einbürgerung muss wieder erleichtert werden. Doppelte Staatsbürgerschaften sollen grundsätzlich möglich sein. DIE LINKE ist für die Anerkennung von zertifizierten, im Ausland erworbenen Qualifikationen für alle Migrantengruppen.

Menschen, die vor Menschenrechtsverletzungen, Kriegen und politischer Verfolgung geflohen sind, dürfen nicht abgewiesen oder abgeschoben werden. Wir fordern die Wiederherstellung des Grundrechts auf Asyl und kämpfen gegen die Illegalisierung von Flüchtlingen, gegen Abschiebungen, jede Form von Sondergesetzen wie die Residenzpflicht sowie gegen Sammellager. Die Abschottungspolitik der EU ist unmenschlich – wir wollen keine Festung Europa. DIE LINKE richtet ihre Flüchtlingspolitik nach Humanität.

tät und Menschenrechten, so dass der Schutz von Menschen in Not im Vordergrund steht und nicht ordnungspolitische oder ökonomische Überlegungen. Deshalb setzt sich DIE LINKE für die Abschaffung der Grenzschutzagentur FRONTEX ein, die das wichtigste Abschottungsinstrument der EU darstellt.

### **Antidiskriminierungspolitik**

DIE LINKE wendet sich gegen jede Diskriminierung aufgrund des Geschlechts, des Alters, der Weltanschauung oder Religion, der ethnischen Herkunft, der sexuellen Orientierung und Identität oder aufgrund jedweder körperlicher, geistiger oder psychischer Beeinträchtigung. Alle Barrieren – in Mobilität, in schulischer und beruflicher Bildung, im Beruf und in der Kommunikation – wollen wir unter aktiver Einbeziehung der von Behinderung betroffenen Menschen und ihrer Angehörigen gezielt abbauen und überwinden. Wir wollen, dass die Vielfalt unterschiedlicher Formen des Zusammenlebens gleichermaßen respektiert, geachtet und geschützt wird. Ein Paradigmenwechsel in der Familienpolitik ist dringend notwendig und erfordert ein neues Familienbild. Neben verheirateten sind unverheiratete Eltern, Patchwork-Familien und auch die Partnerschaften von Lesben, Schwulen, Bisexuellen, Intersexuelle/n sowie anderen, die sich nicht in die gängigen Geschlechterrollen einfügen, als Erziehende anzuerkennen. DIE LINKE streitet für eine aktive Antidiskriminierungspolitik, die rechtliche Gleichstellung von Lesben, Schwulen und derjenigen, die nicht den üblichen Geschlechterrollen entsprechen, und für die Förderung ihrer zivilgesellschaftlichen Strukturen.

### **Neofaschismus und Rassismus bekämpfen**

Wir treten Neofaschismus, Rechtspopulismus, Rassismus, Antisemitismus, Antiziganismus, Islamfeindlichkeit, Homophobie und anderen Formen der Menschenfeindlichkeit aktiv entgegen. Wir beteiligen uns aktiv in demokratischen Bündnissen, arbeiten in Bürgerbewegungen und –initiativen mit all denen zusammen, die sich gegen extreme Rechte, Rechtspopulismus und Rassismus engagieren. Wir kämpfen gegen Neofaschismus, Rechtspopulismus und Rassismus auf der Straße und in politischen Gremien. Wir fordern das Verbot aller Organisationen der extremen Rechten; dabei sind wir uns bewusst, dass ein Verbot die gesellschaftliche Auseinandersetzung nicht ersetzt. Wir setzen uns ein für die Stärkung antirassistischer und antifaschistischer Bildungsarbeit, sowohl in der Schule als auch im außerschulischen Bereich. Wir setzen uns ein für

eine aktive Antidiskriminierungspolitik und wir treten für mehr Demokratie, Partizipation und Bürgerbeteiligung auf allen Ebenen ein.

DIE LINKE ist sich mit anderen demokratischen Kräften darin einig, dass die Bekämpfung von Neofaschismus und Rassismus eine Aufgabe ist, die allerorts in Deutschland und stets mit Zivilcourage und in aller Öffentlichkeit geführt werden muss. Dabei wenden wir uns entschieden gegen rassistisch motivierte Gewalt, gegen staatlichen Rassismus und auch gegen Alltagsrassismus und fremdenfeindliche Positionen aus der Mitte der Gesellschaft.

Antifaschismus ist eine Grundhaltung der Partei DIE LINKE. Für uns bedeutet das: Zurückdrängen aller extrem rechten, rechtspopulistischen und rassistischen Ideologien, Parteien und Bewegungen, Bekämpfung aller althergebrachten und neuen Formen des Antisemitismus, die Auseinandersetzung mit Geschichtsrevisionismus und mit allen Ideologien, die von Ungleichwertigkeit der Menschen ausgehen, sowie die Pflege des politischen, wissenschaftlichen und kulturellen Erbes der antifaschistischen Bewegung. DIE LINKE setzt sich vehement gegen die Gleichsetzung linker Ideen mit faschistischem Gedankengut durch Totalitarismuskonzeption und Extremismustheorie ein. Unsere Vorstellung einer friedlichen, gerechteren und demokratischen Welt ist in keiner Weise mit dem menschenverachtenden Weltbild der (Neo-)FaschistInnen zu vergleichen.

### **Gleichberechtigung für Dänen, Friesen, Sorben, Sinti und Roma**

Die in Deutschland lebenden Minderheiten – Dänen, Friesen, Sinti und Roma sowie Sorben – müssen gleichberechtigt ihre spezifischen Belange und Ansprüche artikulieren und realisieren können. Die Politik hat Rahmenbedingungen zu schaffen, die die Wahrung und Weiterentwicklung der Identität, Sprache und Kultur der Minderheiten sichern. Notwendig ist die Erarbeitung entsprechender bundespolitischer Grundsätze, die mittelfristig in einen Grundgesetzartikel münden müssen. DIE LINKE setzt sich dafür ein, dass die Rechte dieser Minderheiten, insbesondere ihr Recht auf Selbstbestimmung, geschützt werden und ihre Repräsentanz und Mitwirkung im gesellschaftlichen Meinungs- und Willensbildungsprozess gefördert wird. In der Bundesrepublik muss sich die Politik - im Bund wie in den Ländern - endlich an den international anerkannten Maßstäben ausrichten.

## **Kirchen, Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften**

DIE LINKE verteidigt das Recht aller Menschen auf ein Bekenntnis zu einer Weltanschauung oder Religion. Sie tritt ein für den Schutz weltanschaulicher und religiöser Minderheiten. Laizismus bedeutet für uns die notwendige institutionelle Trennung von Staat und Kirche.

Wir stellen uns unserer historischen Verantwortung und haben die Lehren aus dem in der DDR begangenen Unrecht gegenüber Gläubigen gezogen. Bereits im Jahr 1990 hat der Parteivorstand der PDS sich zur Verantwortung an einer verfehlten Politik der SED bekannt, die tragische Schicksale, Benachteiligung, Verdächtigung und ohnmächtige Betroffenheit auslöste und die Gläubigen, Kirchen und Religionsgemeinschaften um Versöhnung gebeten. Heute engagieren sich in der LINKEN Christinnen und Christen neben Angehörigen anderer Religionsgemeinschaften, aber auch Atheistinnen und Atheisten für gemeinsame Ziele und Werte, die in den großen Religionen genauso ihre Wurzeln haben wie in den Ideen der Aufklärung und des Humanismus: Soziale Gerechtigkeit, Frieden, Nächstenliebe und Toleranz.

DIE LINKE achtet die Kirchen und Religionsgemeinschaften, ihre soziale Tätigkeit und ihre Unabhängigkeit. Allerdings müssen die Grundrechte und Arbeitnehmerrechte auch in den Kirchen und Religionsgemeinschaften und in deren Einrichtungen Geltung haben, auch das Streikrecht und das Betriebsverfassungsgesetz.

Niemand, der sich nicht bekennt, darf in irgendeiner Weise benachteiligt werden. Wir wenden uns gegen jeglichen politischen Missbrauch von Religion. Schulen sollen Wissen über Religionen vermitteln und die wechselseitige Toleranz der Glaubensgemeinschaften fördern. Der Unterricht ist im Rahmen des Bildungsauftrags des Staates durch staatlich anerkannte Lehrkräfte zu leisten, unabhängig von kirchlicher oder religionsgemeinschaftlicher Einflussnahme.

## ***Zu den Autorinnen***

**Christine Buchholz** ist Mitglied im geschäftsführenden Parteivorstand der LINKEN und dort mit zuständig für Antirassismus. Sie ist friedenspolitische Sprecherin der LINKEN im Deutschen Bundestag.

<http://christinebuchholz.de/>

**Marwa Al-Radwany** ist Mitglied der LINKEN und Mitbegründerin des Netzwerks gegen antimuslimischen Rassismus und Islamfeindlichkeit NARI. Sie ist im Vorstand der Initiative Grenzen-Los! e.V.

[www.grenzen-los.eu](http://www.grenzen-los.eu)

[www.die-linke.de](http://www.die-linke.de)